Interview mit dem Euroskeptiker Prof. Starbatty .... S. 14

Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com
G 1480
3
2012

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK

184 Gewerkschaftler im Bundestag

SERVICE

Rent a Redner: Was er kostet

UNTERNEHMEN

Das Bankgespräch: Worauf es ankommt

GRIECHENLAND

Ende mit Schrecken oder Schrecken ohne Ende?

SIMPLY CLEVER

ŠKODA

Sie haben ein Unternehmen. Wir haben für Sie zwei erfolgreiche Geschäftsmodelle.

Der ŠKODA Octavia und der ŠKODA Superb. Wer sein Unternehmen zum Erfolg führen will, braucht die richtige Strategie. Unsere Empfehlung: Setzen Sie auf die „Flottenautos 2011"* und „Firmenautos des Jahres 2011"** – den Octavia und den Superb. Nicht zuletzt dank ihrer Wirtschaftlichkeit, Sicherheit und effizienten Technologien haben sie beide Wettbewerbe dominiert. Eine eindrucksvolle Bilanz, die sich auch für Ihren Betrieb auszahlt – besonders durch unsere attraktiven Konditionen für Geschäftskunden. Stellen Sie unsere Erfolgsmodelle auf die Probe. Weitere Informationen erhalten Sie unter unserer Business-Hotline 0 18 05/25 85 85 (0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk max. 0,42 €/Min.) oder www.skoda-auto.de

Flottenauto 2011

Firmenauto des Jahres 2011

FIRMENAUTO DEKRA

Kraftstoffverbrauch für alle verfügbaren Motoren in l/100 km, innerorts: 14,4–5,1; außerorts: 7,8–3,5; kombiniert: 10,2–4,1; CO_2-Emission kombiniert in g/km: 237–107 (gemäß VO (EG) Nr. 715/2007). Abbildung zeigt Sonderausstattung.

*Superb: Obere Mittelklasse (Import), Octavia: Mittelklasse (Import). In: Autoflotte, Ausgabe 5, vom 29.04.2011.
**Superb: Mittelklasse (Import), Octavia: Kompaktklasse (Import). In: FIRMENAUTO, Ausgabe 9, vom 12.08.2011.

HANDELN STATT FORDERN

Frank Gotthardt ist stellv. Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

„Wir fordern...!“ – So beginnen zahlreiche politische Statements dieser Tage. Die Kommunen fordern mehr Geld von Land und Bund, die Gewerkschaften 6,5 Prozent mehr Lohn, die Medien den Rücktritt des Bundespräsidenten usw. So berechtigt die einzelnen Forderungen im Detail auch sein mögen, was drückt der Satz „wir fordern...!“ eigentlich aus?

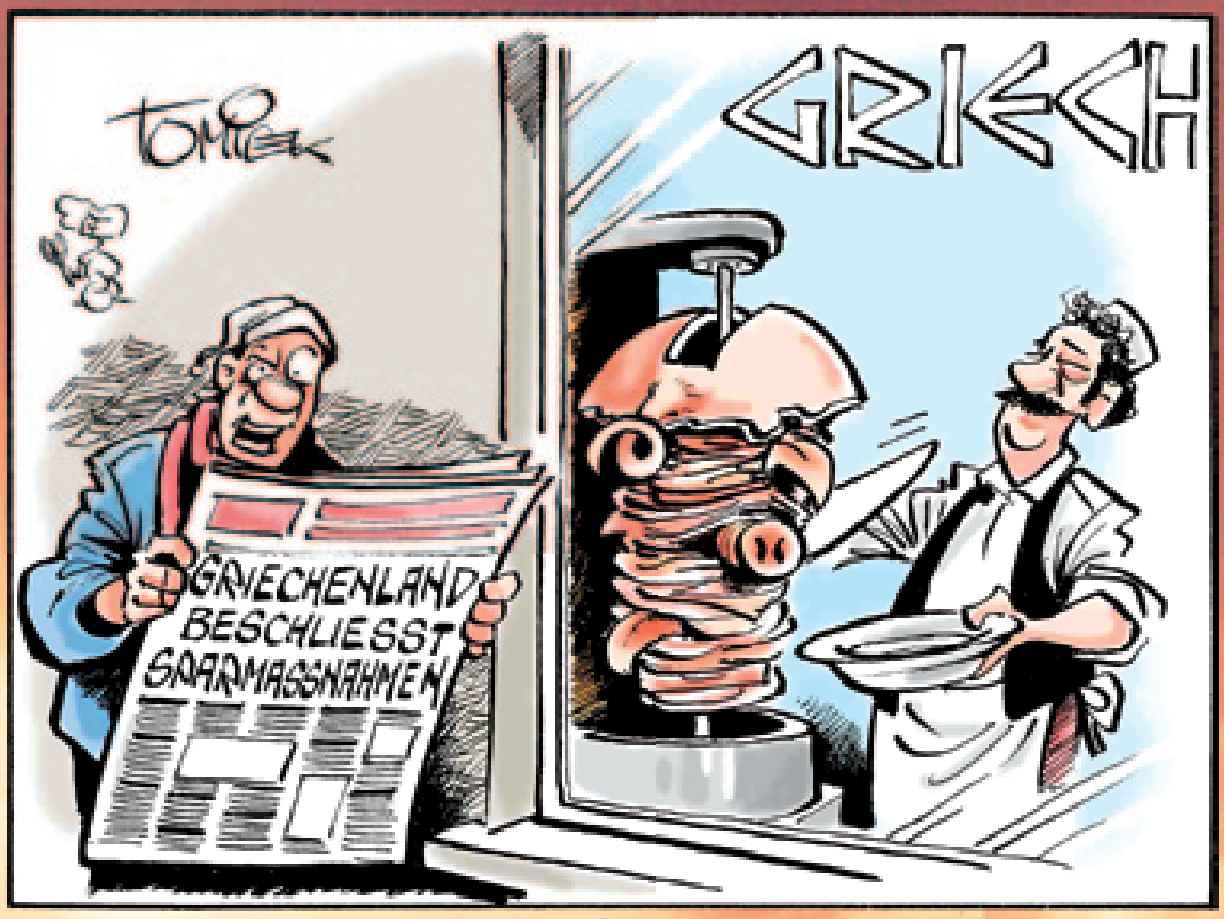
Es ist stets ein Appell, dass andere endlich etwas tun mögen. Er ist Ausdruck dafür, dass der Sender der Botschaft offensichtlich davon ausgeht, dass er selber die Situation nicht ändern kann. Es ist die meistens konkrete Formulierung eines Wunsches, bei dessen Erfüllung der Sender offensichtlich Hilfe braucht oder glaubt, selber keinen Beitrag leisten zu können oder zu müssen. Krönendes Beispiel ist, wenn Bundestagsabgeordnete oder hohe Funktionsträger der Partei die eigene Bundesregierung oder Parteispitze auffordern, etwas Bestimmtes zu tun.

Meistens wird der Satz „wir fordern...!“ über die Medien kommuniziert, relativ häufig ohne den eigentlichen Empfänger vorab zu informieren. Der so Aufgeforderte erfährt von den Forderungen häufig aus den Medien und hat praktisch keine Chance zu reagieren. Ein echter Dialog entfaltet sich auf der Basis dieser Forderungs(un)kultur jedenfalls nicht. Alleine die Medien können sich darüber freuen. So füllt die Politik die Fernsehsendungen und Tageszeitungen ohne Mühe, im „richtigen Leben“ ändert sich jedoch nur wenig.

Dies führt dann zu nachvollziehbarem Frust bei den Menschen. „Warum ändert sich so wenig, wo es doch so gute Vorschläge und Forderungen gibt?“ – das denken sich vermutlich viele. Warum gibt es die geforderte Gehaltserhöhung nicht? Warum bekommen die Kommunen immer noch nicht das dringend benötigte Geld? In mittelständischen Unternehmen ist diese Forderungskultur zum Glück nicht ganz so ausgeprägt. Hier ist man eher gewohnt, zu handeln, zu entscheiden und die Verantwortung selber zu übernehmen. Das ist gut so – und in der Regel auch erfolgreich!

Stellen Sie sich vor, in der Familie oder in der Ehe fordert der eine Partner den anderen immer dazu auf, endlich etwas zu unternehmen. Keine Familie oder Beziehung wird dieses über einen längeren Zeitraum überstehen! Warum sollte das dann aber in der Politik, einer Partei oder unserer Gesellschaft funktionieren?
Deshalb fordere ich (diese Formulierung kann ich mir an dieser Stelle nicht verkneifen!), in der politischen Kommunikation auf Sätze wie „wir fordern...!“ einfach einmal zu verzichten. Stattdessen brauchen wir Taten, die Übernahme von Verantwortung und einen echten Dialog mit dem Gegenüber. Eben so, wie man es in der Familie, mit Freunden oder Geschäftspartnern auch machen würde.

Die Seite-4-Karikatur



"BIN GESPANNT, WIE SIE'S UMSETZEN...!"

Weisheiten

Der Marktanteil als hohes Ziel
ist leider äußerst instabil.

Der Markt basiert auf Eigennutz.
Drum gibt es den Verbraucherschutz.

Als Anbieter fühlt man sich wohl
am sichersten im Monopol.

Konkurrenz wird gern entbehrt,
weil sie das Geschäft erschwert.

Bosheiten

Früher war Maastricht für seine Sehenswürdigkeiten
bekannt, heute für seine Kriterien
Lars Rabenai, Aphoristiker, Erinnerung an den EU-Vertrag von 1991

Manche halten einen ausgefüllten Terminkalender
für ein ausgefülltes Leben
Gerhard Uhlenbruck, Aphoristiker

Wer Einfluss will, das ist bekannt,
erreicht das bestens im Verband.

Ein Funktionär kämpft allemal
zunächst für seine Wiederwahl.

Der Markt kennt weder Gut noch Böse,
sondern nur Kosten und Erlöse.

Mit freundlicher Genehmigung des Verlags Redline Wirtschaft, *„Manager-Weisheiten, Manager-Bosheiten"*

ANZEIGE

MittelstandsMagazin

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

Unseren Lesern verpflichtet – und Ludwig Erhard

- aktuell und informativ
- hintergründig
- meinungsfreudig
- zielgruppenorientiert

Unsere Leser:
mehr als 1.000.000* Entscheider aus Mittelstand, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden – nah dran und mitten drin.

www.mitmagazin.com E-Mail: info@ mitmagazin.com

* Das MittelstandsMagazin erscheint zehnmal im Jahr.
Auflage: 42.000 pro Ausgabe,
durchschnittliche Leserzahl pro Exemplar: 2,5 lt. Leserstrukturanalyse

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Wissenswertes über den Mittelstand

99,7 Prozent aller Unternehmen in Deutschland erzielen einen Jahresumsatz von bis zu 50 Millionen Euro und haben weniger als 500 Mitarbeiter – damit gehören sie zum Mittelstand. (Stand: 2009)

82 Prozent aller Auszubildenden sind in Betrieben mit weniger als 500 Mitarbeitern unter Vertrag. (Stand: 2008)

79 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland arbeiten in Betrieben mit weniger als 500 Mitarbeitern. (Stand: 2010)

Knapp 61 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland arbeiten in Betrieben mit weniger als 500 Mitarbeitern und mit bis zu 50 Millionen Euro Jahresumsatz. (Stand: 2009)

46 Prozent aller Investitionen entfallen auf Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern. (Stand: 2006)

39 Prozent des gesamten Umsatzes in Deutschland werden von mittelständischen Unternehmen erwirtschaftet. (Stand: 2009)

Knapp 15 Prozent der Ausgaben für Forschung und Entwicklung entfallen auf Betriebe mit weniger als 500 Mitarbeitern. (Stand: 2010)

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Bundesinstitut für Berufsbildung, Institut für Mittelstandsforschung Bonn, ifo Institut, Statistisches Bundesamt, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 44

POLITIK

3 Editorial
Frank Gotthardt schreibt über eine gewisse Forderungsmentalität und wünscht sich mehr Taten und Verantwortungsbereitschaft

4 Unsere Seite-4-Karikatur
... sowie einige Weisheiten und Bosheiten aus dem Wirtschaftsleben

8 Von der Transferunion zur Währungsreform
Außerhalb der Politik glaubt wohl niemand mehr ernsthaft an eine mögliche Rettung Griechenlands mit Steuermilliarden aus Westeuropa

13 Eurorettung zweifelhaft
Interview mit Prof. Joachim Starbatty zur Griechenland-Hilfe

14 Die Energiewende und die Wutbürger
Problemstrom aus Sonne, das EEG und die drohenden Akzeptanz-Schwierigkeiten bei der Energiewende

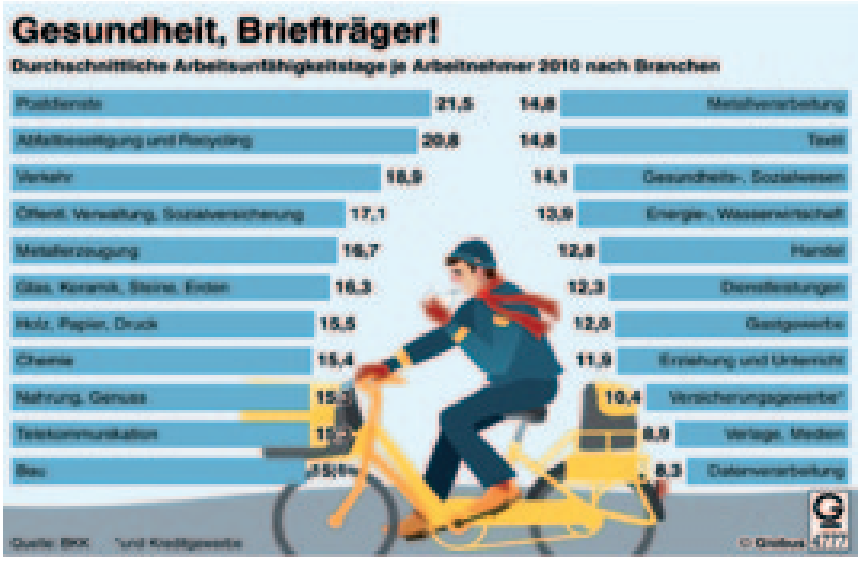
28 Vortragshonorare prominenter Redner
Im Vergleich zu Bill Clinton sind deutsche Politiker wahre Minijobber

UNTERNEHMEN

15 Starke Lobby im Bundestag
Dem Deutschen Bundestag gehören 164 Gewerkschaftsmitglieder an – das sind 30 % aller Abgeordneten. Mit 77 % der Fraktionsmitglieder verfügen sie in der SPD sogar über eine satte Mehrheit

16 Das Bankgespräch
Wie bereite ich mich vor, wie führe ich es, wo lauern Fußangeln, was brauche in an Unterlagen? Nicht nur auf diese Fragen geben wir Antworten. Auf jeden Fall lohnt sich eine gute Vorbereitung des Firmenchefs auf ein solches Gespräch

22 Die digitale Gesellschaft stagniert
Noch längst nicht alle hängen heute am Netz. Nur ein gutes Drittel aller Deutschen gilt als „digital souverän" – die jüngere Generation stellt dabei den weitaus größten Anteil



SERVICE

23 AUTO-TEST
Wir stellen den legendären Jeep Grand Cherokee vor, der auf eine 70-jährige Off-road-Erfahrung zurückgeht

24 Jubiläumsjahr „Friedrich 300“
Vor 300 Jahren wurde Friedrich der Große geboren. Anlass für uns, auf einige Biografien und Ausstellungen hinzuweisen

25 Bücherseite
... für Sie gelesen

26 Recht im Gespräch
Wir beantworten Fragen unserer Leser

27 Aktuelle Urteile

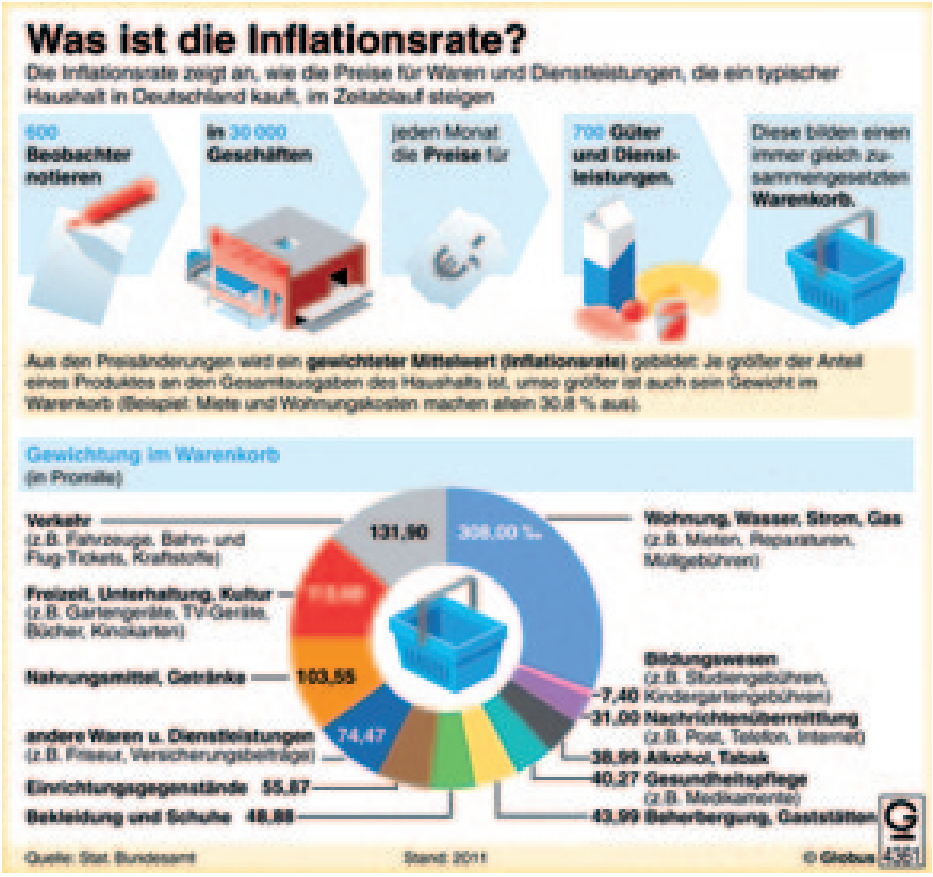
MIT-INSIDE

30 MU-Inside
Jahresempfang der Mittelstands-Union

32 MIT-Inside
Berichte aus den Regionalverbänden

34 Baustelle Berlin
Hier schreibt Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

34 Impressum



„Wie gehen Sie mit Schwächeren um?“

Ranga Yogeshwar, Wissenschaftsjournalist

Sie sind stark!
www.misereor.de

MISEREOR
IHR HILFSWERK

Mit Zorn und Zärtlichkeit an der Seite der Armen

Spendenkonto 10 10 10
Pax Bank · BLZ 370 601 93

Ja, bitte schicken Sie mir mehr Informationen zu MISEREOR:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

Den Coupon senden an:
MISEREOR, Mozartstr. 9, 52064 Aachen

Foto: dpa picture alliance

Von der Transferunion zur Währungsreform

IN DER FINANZWISSENSCHAFT GLAUBT NIEMAND MEHR AN EINE RETTUNG GRIECHENLANDS INNERHALB DER EUROZONE

15. November 1923 in Deutschland: Kinder spielen mit durch die Inflation wertlos gewordenen Geldscheinen

Von Prof. Dr. Eberhard Hamer

Von Anfang an hat sich die EU immer stärker zu einer Umverteilungsunion entwickelt, die Gelder der Mitgliedsländer einzog und damit nicht nur selbst immer mehr verbrauchen konnte, sondern auch zusätzliche Länder - wie die Türkei - schon im Vorfeld mit Zahlungen bedenkt, damit diese der EU beitreten und so die Macht des „Zentralkomitees" vergrößern. Alle Mitgliedsländer werden mehr oder weniger mit EU-Subventionen beglückt, eigentlich, um durch solche Umverteilung einen Wohlstandsausgleich in der EU herbeizuführen. Tatsächlich sind aber die am Dauertropf der EU hängenden Nettoempfänger nicht stärker geworden, sondern haben sich an diese Dauersubventionen gewöhnt und ihre üppigen Ausgaben immer stärker darauf eingerichtet.

Im Zeitraum 1976 – 2008 haben die Hauptempfängerländer folgende Leistungen empfangen (in Mrd. EURO):

Spanien	157,5
Griechenland	133,5
Portugal	72,0
Irland	67,5
Gesamt	430,5

Davon war Deutschland mit Mehrbelastungen beteiligt:

Spanien	81,0
Griechenland	69,0
Portugal	37,5
Irland	39,0
Gesamt	226,5

Insgesamt haben Griechenland, Spanien, Irland und Portugal von 1976 bis 2008 287 Mrd. EURO als Nettoleistungen von der EU im Wesentlichen auf Kosten Deutschlands erhalten.

Vergleicht man die wichtigsten Nettozahler und Nettoempfänger in der EU von 2004 bis 2008, so war die Reihenfolge der Nettozahler:

Deutschland	33,4 Prozent
Frankreich	16,7 Prozent
Großbritannien	13,8 Prozent
Italien	12,1 Prozent
Niederlande	10,4 Prozent

Dem stehen als wichtigste Nettoempfänger gegenüber:

Griechenland	24,4 Prozent
Spanien	23,9 Prozent
Polen	15,5 Prozent
Portugal	12,7 Prozent
Irland	4,9 Prozent

20 Jahre Umverteilung hat also die Wirtschaftskraft der Empfängerländer relativ nicht verbessert, sondern sie sich offenbar an diesen Dauertropf gewöhnen lassen.

Deutschland unangemessen belastet

Dass Deutschland absolut und relativ der Hauptzahler der EU geworden und geblieben ist, war politisch gewollt und von deutschen Politikern offenbar auch geduldet, während z. B. Großbritannien durch Protest von Frau Thatcher seine Leistungen fast halbieren und sich dadurch natürlich die deutschen Zahlungen erhöhten. Auch Frankreich hat seinen EU-Beiträgen entsprechend hohe Gegenleistungen angepasst und liegt dadurch im Nettobeitrag etwa halb so hoch wie Deutschland. Hätte Deutschland nur die normalen Nettobeiträge der anderen zu zahlen gehabt, hätte es z. B. von 1991 bis 2008 nicht 145,9 Mrd. EURO leisten müssen, sondern nur 84,8 Mrd. EURO.

Deutschland ist also in seiner Funktion als Zahlmeister gegenüber allen anderen Nettozahlern unangemessen belastet worden, oder anders ausgedrückt: Die deutschen Politiker haben in ihrer Euro-Begeisterung oder aus Untertänigkeit hingenommen, dass Deutschland von Anfang an und zunehmend durch die anderen EU-Länder ausgeplündert wurde. Begründet wurde dies immer mit den Exportüberschüssen Deutschlands, der guten Konjunktur oder den gegenüber Korruptionsstaaten solideren Staatsfinanzen. Per Saldo bleibt jedenfalls: Die EU war immer schon eine Transferunion zu Lasten Deutschlands; Deutschland ist tributpflichtig für die wachsenden Zahlungsbedürfnisse der EU sowie der meisten europäischen Mitgliedsländer.

Von der Banken- zur Staats-Überschuldung

Die subventionierten EU-Mitgliedsstaaten haben sich aber nicht mit den jährlichen Subventionen aus den soliden Staaten – insbesondere Deutschlands – begnügt, sondern darüber hinaus sich auch noch kräftiger verschuldet als die Geberstaaten. Während 2010 die gesamte Euro-Zone im Durchschnitt mit 85 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung (BIP) verschuldet war (Deutschland zwei Prozent darunter), schaffte es Griechenland auf 143 Prozent, Irland auf 96 Prozent und Portugal auf 93 Prozent. Der kriminelle Schuldenstand war für Griechenland 329 Mrd. EUR, für Irland 148 Mrd. EURO und für Portugal 161 Mrd. EURO.

Dass überhaupt die Schuldnerstaaten so hohe Schulden auftürmen konnten, hing mit dem gemeinsamen Euro zusammen, der als Gemeinschaftswährung den Mitgliedsländern übermäßige Verschuldung in dieser gemeinsamen Währung erlaubte, obwohl nach allen europäischen Verträgen keine Gemeinschaftshaftung für solche Einzelschulden der Länder galt (no-bail-out-Klausel). Die internationalen Banken hatten jedoch längst darauf gezählt, dass sie auch mit leichtsinnigen Krediten an die Schuldnerländer nicht sitzen gelassen werden, sondern im Notfall Hilfe bekämen. Tatsächlich hat dann in der US-Immobilienkrise 2008 der damalige US-Finanzminister und frühere Goldman Sachs-Präsident Paulson für verzockte Kredite der US-Großbanken Staatshaftung in nie gekannter Größenordnung (700 Mrd. Dollar) übernommen und die europäischen Satellitenstaaten zu gleicher Staatshaftung für die überschuldeten Banken in Europa und den USA gezwungen, so dass die private Bankenüberschuldung zur Staatsüberschuldung wurde.

Hilfe für die Zockerbanken

Als dann die große Dollarflutung der FED das Vertrauen in diese Währung weltweit zerstörte und statt des notwendigen Dollar-Zuflusses von zwei Mrd. täglich ein Dollar-Abfluss, vor allem in den Euro, die Zahlungsfähigkeit der USA bedrohte, wurden durch Down-Rating

Foto: dpa picture alliance

„Erst übernehmen wir die Banken und dann Berlin“ steht auf diesem Transparent griechischer Demonstranten in Berlin. Wer so militant auftritt und sich jeglicher Realität verweigert, hat keinen Anspruch auf die Solidarität der anderen Europäer

zuerst von Griechenland dessen Refinanzierungsmöglichkeiten und Zahlungsfähigkeit gefährdet.

Auf Betreiben der EU-Kommission, die darin eine willkommene Gelegenheit zur Übernahme der Finanzhoheit über die Länder sah, wurde dann ein angeblicher „Rettungsschirm für Griechenland“ in Höhe von zunächst 440 Mrd. EURO, dann in 2011 von noch einmal 700 Mrd. EURO geschnürt, um angeblich den griechischen, irischen und portugiesischen Staatsbankrott zu verhüten, in Wirklichkeit aber, um den internationalen Zockerbanken die Abschreibung ihrer an Griechenland u.a. leichtsinnig vergebenen Kredite zu ersparen.

Das Ende unserer Finanzhoheit?

Seit dem ersten „Rettungsschirm für Griechenland“ und dann durch die weiter festgezurrte Gesamthaftung des ESMF (Europäischer Stabilitätsfonds) von weiteren 700 Mrd. EURO haben sich die Banken praktisch aus der Haftung gestohlen. Es wird nicht mehr davon ausgegangen, dass leichtsinnige Gläubiger ihre Kredite an leichtsinnige Schuldner verlieren müssten, sondern nur noch von „privater Beteiligung“ neben einer Kreditrückzahlung durch alle nicht beteiligten Bürger Europas gesprochen. Der ESMF-Vertrag besiegelt nicht nur die Transferunion, sondern auch die Haupthaftung der Länder und Bürger Europas für die Leichtsinnskredite der Privatbanken.

WAS HEISST?

ESM (European Stability Mechanism) ist der dauerhafte Rettungsfonds, der den befristeten

EFSF (European Financial Stability Facility) ablöst.

ESFS (European System of Financial Supervision) ist das europäische Finanzaufsichtssystem

Mit der gemeinsamen Hilfe und Haftung der europäischen Mitgliedsländer untereinander, die vor allem eine Haftung und Zahlung Deutschlands ist, ist aber das Ziel der Strippen ziehenden US-Hochfinanz und der am gleichen Strang ziehenden Brüsseler Kommission noch nicht erreicht. Vor allem letztere kämpft bereits offen für eine Zahlungsübernahme der wenigen starken Länder, insbesondere Deutschlands für die Schulden der unsoliden europäischen Schuldnerländer. Da letztere auch in der Mehrheit sind, ist dies in Brüssel auch durchsetzbar, obwohl es in Deutschland verfassungswidrig ist:

Nach allen Europa-Verträgen war eine Haftungs- und Schuldenunion ausgeschlossen. Die Euro-Politiker haben also

einen Euro-Verfassungsbruch mit der Transferunion begangen.

Die deutsche Regierung will einen nationalen Verfassungsbruch begehen, weil sie nicht nur die Schulden anderer Länder grundsätzlich und dauerhaft übernehmen, sondern auch im ESF-Vertrag eine Erweiterung der Schulden ohne Parlamentsbeteiligung vereinbaren will.
Die Transfer-, Haftungs- und Fiskalunion sind das Ende innerstaatlicher Finanzhoheit der Mitgliedsländer. Wir haben eine neue Oberfinanzhoheit der EU–Politkommission geschaffen. Damit ist das wichtigste demokratische Souveränitätsrecht verfassungswidrig nach Brüssel abgegeben, es ist also praktisch ein Staatsstreich begangen worden. Das ist das Ende des „ewigen Demokratiegebotes" unseres Grundgesetzes.

Haftungs- und Verschuldungsunion

Letztlich aber dient die Transfer-, Haftungs- und Fiskalunion dazu, das teuflische Spiel der Bankenzockerei mit faulen Krediten, faulen Finanzprodukten und faulen Währungen fortzusetzen und die Täter nicht selbst dafür in Haftung nehmen zu können, sondern alle Risiken auf die Mitgliedsländer und ihre Bürger abzuwälzen. Mit anderen Worten werden die Spielschulden der unsoliden Kreditbanken zuerst verstaatlicht und dann die überschuldeten Länder mit den soliden zu Gesamtschuldnern zusammengebunden, so dass aus den Schulden Griechenlands, Portugals, Irlands oder Spaniens nun deutsche Direktschulden werden, nur um den internationalen Banken ihre Kredite zu erhalten.

Mit dieser Haftungs- und Verschuldungsunion haben die internationalen Banken einen Sprengsatz unter das Eurosystem gelegt: Zwar kann die Einzelschuld eines Landes durch Haftungs- und Schuldenübernahme zur Gesamtschuld vieler Länder vergrößert und damit die Zahlungsunfähigkeit eines Landes ein- oder mehrmals vorübergehend verhindert werden; die Hoffnung ist jedoch trügerisch, dass überschuldete, unproduktive, lange über ihrer Verhältnisse gelebt habende Euro-Länder nun durch weitere Kreditierung wieder gesunden könnten. Vielmehr hat man wie bei einer Seuche den Virus nur weitergereicht, auf alle übertragen und statt kleinerer Einzellösungen eine Generalbereinigung notwendig gemacht. Diese kann wie in den USA zunächst noch durch weitere Geldflutung und steigende Inflation herausgeschoben werden, wird aber sicher in eine Währungsreform münden.

Foto: dpa picture alliance

In Europa gewinnt die Überzeugung an Boden, dass Griechenland am besten aus der Eurozone ausscheidet

Faule Äpfel aussortieren

Will man Äpfel über den Winter behalten, muss man jeweils die faulen herausnehmen, damit sie die anderen nicht anstecken. Lässt man sie drin, wird die ganze Kiste faul.

Ebenso ist es mit der Überschuldung einzelner Länder. Wie in der Privatwirtschaft eine überschuldete Firma nur über ein Insolvenzverfahren wieder gesunden kann, so ist auch ein Staatsbankrott der schnellste, solideste und zukunftsträchtigste Weg, aus einer Überschuldung herauszukommen, hätte z. B. Griechenland Staatsbankrott erklärt, seine Schulden um 60 - 80 Prozent abgewertet und die Restschulden auf 20 Jahre verlängert, so würden die Sparmaßnahmen in Griechenland nicht für weitere Zinszahlungen verwendet werden, sondern zum Wiederaufstieg aus der Krise.

Man hat also durch die Rettungsschirme keine echte Hilfe für Griechenland gebracht, sondern das Siechtum nur verlängert und den Banken gesunde Schuldner – die europäischen Bürger – zugeführt. Nicht „Griechenlandhilfe", sondern „Bankenhilfe" zu Lasten der Bürger wird als politische Lösung vorgegeben.

Im neuen „Dauerrettungsfond" (EFM) mit 700 Mrd. EURO hat dieser Fond nicht nur das Recht, nationale Zahlungen abzurufen, sondern auch zusätzliche unlimitierte Kredite aufzunehmen (Art. 17), das Grundkapital eigenmächtig auf Kosten der Mitgliedsländer zu erhöhen (Art. 10), also praktisch Zahlung und Haftung der Mitgliedsländer aus eigener Macht zu erhöhen.

Der ESM ist also erklärtermaßen nicht nur für die Überschuldung von Griechenland, Irland und Portugal gedacht, sondern auch für weitere Fälle, welche in der nächsten Zeit vermutlich bald anfallen werden (Italien? Spanien? Belgien?).

Zusätzliche Gelder den verschuldeten Ländern zur Verfügung zu stellen, heißt, die Geldmenge zu erhöhen, und das bedeutet einen Marsch Europas in die Inflation.

Foto: Pitopia

Zurück zur Drachme: Wer sich in einer solch elementaren Verschuldenskrise weigert, auf lieb gewordene Pfründe wie ein 13. und 14. Monatsgehalt zu verzichten, wird demnächst wohl wieder mit Drachmen bezahlen

Und in der Geschichte aller Währungskrisen, welche mit zusätzlichem Geld zuzudecken versucht wurden, ist nach steigender Inflation immer die Währungsreform das bittere Ende gewesen und wird es auch in diesem Fall wieder werden.

Hätte man also gleich Griechenland den Staatsbankrott empfohlen, wäre die Krise begrenzt geblieben. So hat man die Krise verlängert, vergrößert und die Währungsreform für alle zwangsläufig gemacht.

Alle ausgewiesenen Finanzwissenschaftler haben die Bundesregierung vor der Transferunion gewarnt und separate Krisenbewältigung (Staatsbankrott mit Austritt aus dem Euro) für Griechenland empfohlen. Der Rat der Fachleute gilt aber nichts, wenn die EU-Kommission ihre Macht erweitern will, wenn die internationalen Banken ihre politische Macht spielen lassen und wenn eine Europa-Schwärmerei („europäische Solidarität") gegen Logik steht.

Warum lassen wir das geschehen?

Der Text ist entnommen aus der Broschüre von Frank Schäffler, MdB, Prof. Dr. Eberhard Hamer und Dr. Eike Hamer, herausgegeben von der Mittelstandsstiftung e.V. Hannover
ISBN 978-3-00-036875-2,
Schutzgebühr 5,- Euro,
E-Mail:
mittelstandsinstitut@gmx.de

INTERVIEW

„Es wird immer zweifelhafter, ob der Euro und Europa so gerettet werden können“

Exklusiv-Interview mit Prof. Dr. Joachim Starbatty

In der Politik mehren sich kritische Stimmen zur Griechenland-Hilfe. Für Sie eine späte Rechtfertigung Ihres Standpunktes?

Joachim Starbatty: Bundeskanzlerin Merkel selbst hat in ihrer Regierungserklärung am 17. März 2010 im Deutschen Bundestag gesagt: „Auch bei Griechenland muss jetzt gelten, dass die Stabilitätsgemeinschaft im Vordergrund steht und dass wir nicht eine vorschnelle Hilfe leisten, die uns langfristig überhaupt nicht weiterbringt, sondern den Euro immer weiter schwächt.“ (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP). Genau so ist es. Die bisherigen Zahlungen an Griechenland gingen zu 80 Prozent an die Gläubigerbanken und nur zu 20 Prozent in den griechischen Haushalt. Als Gegenleistung wird Griechenland zu finanziellen Kürzungen gezwungen, die das Land erdrosseln. Und zu allem Überfluss stehen die Kanzlerin und die Deutschen als Buhmann da.

Griechenland sollte also aus dem Euro ausscheiden?

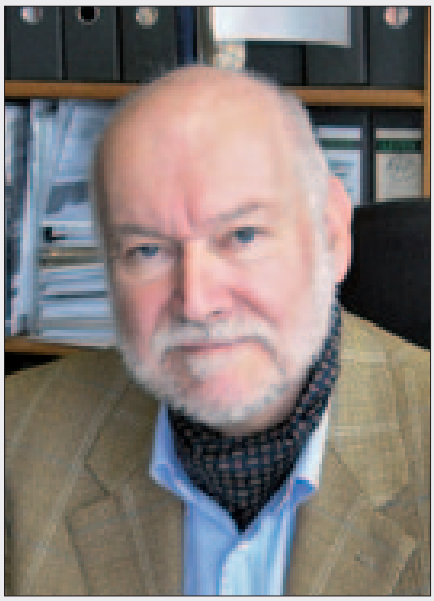
Starbatty: Wenn Griechenland aus dem Euro ausscheidet, kann es seine um ca. 50 Prozent überbewertete Währung abwerten und wieder konkurrenzfähig werden. Dann strömen auch viele Touristen ins Land. Erst so bekommt Griechenland wieder ein Geschäftsmodell und wird auch für ausländische Investoren interessant.

Wie geht‘s dann weiter?

Starbatty: Das ist natürlich für die Griechen ein herber Realeinkommensverlust, weil nun ausländische Produkte so viel teurer geworden sind. Aber zugleich sind die griechischen Produkte interessanter geworden, und das Ausland wird vermehrt in Griechenland einkaufen. Ob dies der Beginn weiterer Austritte aus der Währungsunion ist, hängt von der wirtschaftlichen Stärke und der Tragfähigkeit der nationalen Schulden anderer Euroländer ab. Scheiden auch andere Länder aus der Eurozone, so folgen sie wirtschaftlichen Notwendigkeiten, weil sie nur so zu internationaler Konkurrenzfähigkeit zurückfinden.

Was macht die deutsche Politik in dieser Krise richtig, was macht sie falsch?

Starbatty: Dass unsere Kanzlerin sich zurzeit nicht erpressen lässt, ist beachtenswert. Die Frage ist, wie lange sie das durchhalten kann. Wenn alle Welt von der Kanzlerin Führungsstärke und europäisches Verantwortungsbewusstsein einfordert, dann heißt das in handfeste Politik übersetzt: Die Bundesregierung soll sich nicht länger gegen die Aufstockung des Rettungsschirms, gegen die Einführung von Eurobonds (Gemeinschaftsanleihen) und gegen die Ausweitung der Ankäufe von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank sperren. Ob so die eigentliche Misere, der Riss durch die Eurozone, behoben werden kann, ist völlig unsicher; sicher ist dagegen die steigende und womöglich nicht mehr zu kontrollierende Finanzlast, die auf den Bundeshaushalt und damit auch auf den deutschen Steuerzahler zukommt.



Prof. Dr. Joachim Starbatty ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik an der Universität Tübingen sowie Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM). Er tritt häufig auch auf MIT-Veranstaltungen auf, zuletzt in einer überaus gut besuchten Versammlung im Kreis Mettmann auf Einladung des Kreisvorsitzenden Wolfgang Leyendecker

Was macht die Kanzlerin falsch? Sie sagt, ihre Eurorettungspolitik sei alternativlos. Dabei wird immer zweifelhafter, ob der Euro und Europa so gerettet werden können. Die Völker wehren sich gegen die finanzpolitischen Sparmaßnahmen aus Brüssel. Sie empfinden sie als bloßes Diktat. Und sie haben Recht. Die Frage, wohin Europa geht, war noch nie so offen und brisant wie heute. Die Welt und vor allem wir Bürger warten auf Antworten.

Muss der deutsche Mittelstand sich Sorgen um seine Kreditversorgung machen?

Starbatty: Zurzeit überschwemmt die EZB das Bankensystem mit Liquidität. Wenn die Banken sich dann zu riskanten Anlagen verlocken lassen – Ankauf hochverzinslicher Staatsanleihen aus der Eurozone, die später notleidend werden –, dann wird sich das auch in der Kreditvergabe niederschlagen. Aber soweit ist es noch nicht.

Die Fragen stellte Günter Kohl

Die Energiewende und die Wutbürger

Wir werden sie spüren – an allem, was uns bisher lieb und teuer war

Foto: dpa picture alliance

Wollen wir wirklich diesen Problemstrom? Eine Solaranlage auf dem brandenburgischen Flugplatz Drewitz

Von Günter F. Kohl

„Es kann nicht sein, dass über 50 Prozent der Fördermittel in die Solarenergie gehen, die nur gut drei Prozent zur Stromerzeugung beiträgt," sagte Michael Fuchs kürzlich. „Herr Röttgen muss diesen Irrsinn beenden", appellierte der Vize-Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion an den Bundesumweltminister. Fuchs, MIT-Mitglied und bis vor kurzem auch Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand (PKM), forderte eine Begrenzung bei Solaranlagen auf 500 bis 1.000 Megawatt pro Jahr, um sicherzustellen, dass die Strompreise durch die hohen Förderkosten der Ökoenergie nicht zu stark steigen.

2011 waren mit 7.500 Megawatt installierter Leistung so viele Solaranlagen wie nie zuvor neu ans Netz gegangen. Dafür zahlten die Verbraucher in 2011 nur für die Solarenergie mehr als sieben Milliarden Euro, in 2012 werden es noch mehr sein. Die Kapazität der installierten Photovoltaikanlagen soll von heute 25.000 auf nicht mehr als 34.000 Megawatt steigen. Rund 30 Prozent der installierten Stromerzeugungskapazität in Deutschland würde dann auf die Solarenergie entfallen. Ihr Anteil an der Stromproduktion liegt aber nur bei 3,5 Prozent. Zurzeit zahlen die Verbraucher pro Kilowattstunde 3,59 Cent für den Ökostrom aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse, etwa 14 Prozent des gesamten Strompreises.

Die Vergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurde zwar Jahr für Jahr reduziert, durch den Boom in der Solarbranche stiegen jedoch die Verbindlichkeiten, die auf die Stromkunden abgewälzt werden, auf mittlerweile 150 Milliarden Euro.

In Schleswig-Holstein, das häufig als „Musterländle" für den Ausbau der Windenergie gepriesen wird, gehen jetzt schon Bürger gegen Sendemasten für den neuen Digitalfunk von Polizei und Feuerwehr auf die Barrikaden. Gegen die Planung der neuen Windparks an Land gibt es zahllose Bürgerinitiativen und –begehren. Gleiches gilt für einzelne Off-Shore-Anlagen. Bis 2015 wird sich die Einspeiseleistung aus erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein auf über 10.000 MW verdreifachen. Dann zahlen die Stromkunden im nördlichsten Bundesland über 300 Millionen Euro für Strom, der zwar erzeugt, aber nicht abgenommen werden kann, weil die entsprechenden Leitungen fehlen. Wegen dieses Transportproblems fließt schon jetzt viel Geld, aber kein Strom.

Fazit

Wenn Sie mich fragen, ist dies nur ein kleines Vorgeplänkel dessen, was die Politik bei der Umsetzung der Energiewende, die bisher nur verkündet, aber nicht geplant wurde, erwartet. Zu dem Transportproblem gesellt sich ein weiteres Akzeptanzproblem, wenn man an den Bau der benötigten 4.000 Kilometer Stromleitungen denkt.

Unter dem Motto „Hauptsache dagegen und intellektuell schmerzfrei" bilden selbst ernannte Umweltschützer, ehemalige Kernenergiegegner, „Landschafts-Ästheten", Immobilien-Besitzer in der Nähe solcher Vorhaben, besorgte Mütter, verängstigte Vogelfreunde, halbgebildete Bürgerbewegte, gutbürgerliche Nichtwähler, Boykotteure der digitalen Gesellschaft, zugleich aber glühende Verehrer der Piratenpartei, Eigenheimbesitzer mit beheizbarem Außenpool in Nachbarschaft zu einer Biogas-Anlage, Tennis- oder Golfanlagen-Besitzer, die ihre Mitglieder bis spät in die Nacht gern unter gleißendem Flutlicht spielen lassen und einfach jene aus Stuttgart bekannten „Wutbürger", die in diesem Staat, in dem sie über Jahrzehnte bequem gelebt, ihr Einkommen auskömmlich gefunden, ihr Vermögen gemehrt, ihr Eigentum arrondiert, ihr Schäfchen ins Trockene und ihr Leben geregelt haben, eine durch nichts legitimierte, aber von vielen guten Geistern verlassene, von Sachkenntnis ungetrübte, von Verantwortung und fundierten oder wenigstens angelesenen Kenntnissen unbelastete Gemeinschaft (heute sagt man wohl crowd), die sich anschickt, jene „Energiewende" ein Jahr nach Fukushima, der sie (also mehr oder weniger wir alle) vor nicht einmal einem Jahr mit Begeisterung und Überzeugung zugestimmt hat, mangels Konzept und eigener Nachdenklichkeit, dafür aber mit viel Eigeninteresse und einem kruden Gefühls- und Ideen-Mix, ohne sich wirklich Gedanken darüber gemacht haben, was diese Kehrtwendung bedeutet und was sie kostet. Wenn nicht, werden wir es noch schmerzlich erfahren – am Einkommen, Auskommen und auch noch anderswo. An allem, was uns bisher lieb und teuer war.

Bitte entschuldigen Sie diesen langen Satz – er ist gewollt.

Starke Lobby im Bundestag

Die Gewerkschaften haben im Bundestag eine starke Lobby. Fast jeder dritte Abgeordnete ist Gewerkschaftsmitglied. Vor allem bei der SPD gehört es quasi zum guten Ton, in einer Arbeitnehmerorganisation zu sein.

Die deutschen Arbeitnehmer sind zuletzt eher gewerkschaftsmüde gewesen. Nach jüngsten Untersuchungen hatten im Jahr 2010 lediglich 14 bis 17 Prozent der abhängig Beschäftigten einen Mitgliedsausweis von DGB, Beamtenbund oder einer christlichen Gewerkschaft in der Tasche.

Auch wenn der Mitgliederschwund der vergangenen Jahre allmählich gestoppt zu sein scheint – eine wirksame Arbeitnehmervertretung ist bei diesem geringen Organisationsgrad in vielen Bereichen nicht mehr möglich. Die Mindestlohndiskussion ist eine Folge dieser Schwäche – der Staat soll dort Lohnuntergrenzen einführen, wo die Gewerkschaften keine Durchsetzungskraft, sprich Mitglieder, mehr haben.

Weil die kritische Masse für Streiks und eine effektive Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele in manchen Branchen nicht erreicht wird, versuchen die Gewerkschaftsbosse dies auf der politischen Schiene zu kompensieren. Ihre Strategie ist zweigleisig:

1. Annäherung.

Nachdem sie sich wegen der Agenda 2010 mit der SPD zerstritten hatten, rücken die DGB-Gewerkschaften nun wieder näher an die Sozialdemokraten heran. Auch mit der Bundesregierung pflegt die DGB-Führung mittlerweile einen konstruktiven Dialog. Und selbst die Liberalen haben ihre Vorbehalte gegen die Gewerkschaften aufgegeben – noch vor wenigen Jahren hatten FDP-Vertreter sie als „eine Plage für unser Land“ bezeichnet.

Kollege Abgeordneter

Abgeordnete im 17. Deutschen Bundestag

	Insgesamt	davon gewerkschaftlich organisiert	in Prozent
SPD	146	112	77
Linkspartei	76	40	53
Bündnis 90/Die Grünen	68	8	12
CDU/CSU	239	23	10
FDP	93	1	1
Insgesamt	622	184	30

Quelle: Deutscher Bundestag

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iwd 5

Für die Gewerkschaften hat sich der Strategiewechsel ausgezahlt: Während der Krise wurden wirtschaftspolitische Vorschläge der Gewerkschaften aufgegriffen und politisch umgesetzt – zum Beispiel die Abwrackprämie für Autos. Ein Grund für die schrittweise Rückkehr auf die politische Bühne liegt im Verhalten der Gewerkschaftsfunktionäre selbst. Weniger ideologisch geprägte Rhetorik und eine pragmatische Tarifpolitik haben das Ansehen der Arbeitnehmerorganisationen verbessert.

2. Einmischung.

Die Gewerkschaften sitzen gewissermaßen direkt im Parlament. Von den 622 Abgeordneten des 17. Deutschen Bundestags sind 30 Prozent Mitglied einer Arbeitnehmerorganisation, also doppelt so viele wie unter den abhängig Beschäftigten (Grafik).

Allerdings sind nicht alle Fraktionen gleich stark von den Gewerkschaften eingenommen – mehr als 80 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten sind in der SPD oder in der Linkspartei. Die Unionsfraktion hat nur 23 Gewerkschafter in ihren Reihen, wovon 15 in christlichen Gewerkschaften beheimatet sind.

Bei den Grünen sieht die Mitgliederbilanz kaum besser aus als bei der Union, und die FDP zählt gerade mal ein (christliches) Gewerkschaftsmitglied. So richtig Kapital schlagen können die Gewerkschaften aus dem hohen Organisationsgrad der linken Abgeordneten allerdings nicht – noch nicht. Denn Sozialdemokraten und Linke sitzen auf den Oppositionsbänken. Sollte die SPD allerdings die nächste Regierung stellen, dürfte der Deutsche Gewerkschaftsbund mitregieren.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Foto: Pitopia

Rating – Fluch oder Segen?

DIE EIGENKAPITALAUSSTATTUNG DER KMU HAT SICH DURCH RATINGVERFAHREN DEUTLICH VERBESSERT

Von Silke Becker

Basel I, Basel II und jetzt Basel III - heute gelten in der Finanzbranche zunehmend strengere Vorgaben bei der Eigenkapitalausstattung als vor Jahren. Dadurch sind die Banken gezwungen, das Risiko von Kreditausfällen erheblich differenzierter zu bewerten als vorher. Für die Unternehmen zeigt sich das in dem von vielen gehassten Rating. Es bestimmt entscheidend mit, zu welchen Konditionen sich ein Unternehmen Geld leihen kann. Je schlechter das Rating, desto teurer wird der Kredit. Michael Lehmann, Abteilungsleiter Gesundheitswirtschaft im Bereich Unternehmenskunden bei der Hamburger Sparkasse, erklärt die Zusammenhänge und verrät, wie man sein Rating verbessern kann.

Was bedeutet eigentlich aus Sicht der Bank ein gutes oder ein schlechtes Rating? Was sagt diese Zahl aus?

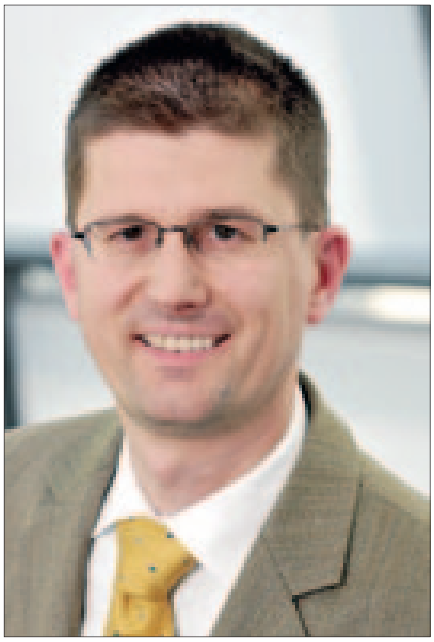
Michael Lehmann: Das Rating spiegelt das Insolvenzrisiko für einen Unternehmer in der jeweiligen Risikoklasse. Es gibt also die statistische Wahrscheinlichkeit wieder, dass das Unternehmen innerhalb eines Jahres insolvent wird und deshalb den Kredit nicht zurückzahlen kann. Für die Bank bezeichnet es letztlich das Ausfallrisikos des jeweiligen Kredits.

Welche Konsequenzen hat das für die Bank?

Lehmann: Grundsätzlich muss eine Bank für jeden Kredit, den sie vergibt, einen gewissen Prozentsatz Eigenkapital hinterlegen. Je höher die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kredits, desto mehr Eigenkapital muss hinterlegt werden. Das kostet natürlich Geld. Deshalb wird der Kredit immer teurer, je schlechter das Rating ist.

Gibt es neben dem Rating noch weitere Faktoren, die die Kreditkonditionen beeinflussen?

Lehmann: Selbstverständlich. Neben dem Rating spielen die Laufzeit, die Zinsfestschreibung und der Zeitpunkt der Bereitstellung eine Rolle. Außerdem haben die Sicherheiten, die der Unternehmer stellen kann, Einfluss auf den Zins.



Michael Lehmann, Abteilungsleiter Gesundheitswirtschaft im Bereich Unternehmenskunden bei der Hamburger Sparkasse

Angesichts dieser vielen Faktoren: Sind die Kreditkonditionen eigentlich noch vergleichbar?

Lehmann: Selbstverständlich kann und sollte sich ein Unternehmer für sein jeweiliges Vorhaben unterschiedliche Angebote einholen. Wenn die Rahmenbedingungen identisch sind, kann man den Preis natürlich vergleichen. Bei unterschiedlichen Krediten gilt dies allerdings nicht, dazu sind die Konditionen einfach zu individuell. Wenn beispielsweise zwei relativ ähnlich aufgestellte Firmen mit gleichem Rating eine Lagerhalle bauen wollen, sind die Konditionen wegen der vielen anderen Einflussfaktoren trotzdem unterschiedlich. Früher war ein solcher Vergleich möglich, heute aber kaum mehr.

Welche Faktoren fließen eigentlich in das Rating ein, wie kommt es zu Stande?

Lehmann: Natürlich arbeitet jedes Kreditinstitut etwas anders, das grundsätzliche Vorgehen ist aber wegen der gesetzlichen Vorgaben bei allen Kreditinstituten ähnlich. Bei uns setzt sich das Gesamtrating aus drei Komponenten zusammen: den Bilanzkennzahlen, den qualitativen Faktoren und den so genannten „Warnsignalen". Letzteres sind Zusatzinformationen wie beispielsweise nicht genehmigte Kontoüberziehungen oder geplatzte Wechsel.

Was genau wird bei den Bilanzkennzahlen beurteilt?

Lehmann: Grundsätzlich geht es dabei um die Zahlen, so wie sie in der GuV bzw. der Bilanz vorgelegt werden. Die Bilanz ist letztlich das objektivierte Ergebnis der vielen täglichen Einzelentscheidungen eines Unternehmers. Wir prüfen beispielsweise, wie erfolgreich das Unternehmen insgesamt war, wie es bei der Kapitalrentabilität aussieht oder wie hoch Zins- und Mietzahlungen sind. Relevant ist natürlich auch die Kapitalstruktur, positiv ist eine hohe Eigenkapitalquote. Außerdem bewerten wir viele andere Informationen, etwa die vereinbarten Zahlungsziele bei Kunden und Lieferanten oder die Liquiditätszuflüsse.

Statistische Ausfallwahrscheinlichkeit bei verschiedenen Ratingnoten der Sparkassen-Finanzgruppe

Lesebeispiel: Von 10.000 Unternehmen mit der Note „3" werden 17 innerhalb eines Jahres zahlungsunfähig

Ratingnote	Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeit
1 (AAA)	0,01 %
1 (AA+)	0,02 %
1 (AA)	0,03 %
1 (AA-)	0,04 %
1 (A+)	0,05 %
1 (A)	0,07 %
1 (A-)	0,09 %
2	0,12 %
3	0,17 %
4	0,26 %
5	0,39 %
6	0,59 %
7	0,88 %
8	1,32 %
9	1,98 %
10	2,96 %
11	4,44 %
12	6,67 %
13	10,00 %
14	15,00 %
15	20,00 %
16	Ausfall
17	Ausfall
18	Ausfall

Und was hat es mit den qualitativen Faktoren auf sich?

Lehmann: Hierbei geht es um die subjektive Einschätzung des Firmenkundenbetreuers, also wie der Berater den Unternehmer und das Unternehmen erlebt. Viele individuelle Besonderheiten einer Firma kann man nicht ausschließlich anhand von Zahlen beurteilen. Oft sind auch Einzelzahlen gar nicht aussagekräftig genug. Beispielsweise sind hohe Miet- und Leasingaufwendungen schlecht fürs Rating, hohe Zinsaufwendungen aber auch. Darin spiegelt sich die unternehmerische Entscheidung ob man lieber mietet bzw. least oder lieber kauft. Das kann man als Bankberater besser einschätzen, wenn man das Unternehmen kennt. Das Beispiel zeigt auch, dass schlechte Bewertungen bei Einzelfaktoren kein Grund sind, nervös zu werden. Man kann trotz einzelner schlechter Werte insgesamt ein sehr gutes Rating haben. Wir ermitteln für jedes Unternehmen ein individuelles Stärken-Potential-Profil. Damit können wir dem Unternehmer genau aufzeigen, an welchen Punkten wir noch Verbesserungsmöglichkeiten sehen.

Wie funktioniert das?

Lehmann: Wir haben einen Fragenkatalog, durch den das Gespräch strukturiert wird. Dabei bekommt das Unternehmen bei jedem Punkt eine Art Schulnote, die dann zu einer Gesamtnote verdichtet wird. Wir als Sparkassen pflegen langfristige Partnerschaften mit unseren Kunden. Deshalb nehmen wir uns sehr viel Zeit, um solche Gespräche zu führen.

Also, wer sich gut verkaufen kann, bekommt auch gute Noten und wen der Betreuer nicht leiden kann, der bekommt schlechte Noten?

Lehmann (lacht): Nein, natürlich nicht. Natürlich sind die Eindrücke des Beraters bis zu einem gewissen Grad subjektiv. Trotzdem kann er in diesem Bereich nicht willkürlich entscheiden. Es gilt das Vier-Augen-Prinzip. Nicht der Betreuer selbst, sondern der Kreditsachbearbeiter im Hintergrund entscheidet über den Kredit. Er kennt Kunden nicht persönlich, sondern prüft die Kreditvergabe anhand der Unterlagen. Es kann also nicht sein, dass man eine Superbilanz vorlegt und der Betreuer zu einem absoluten Negativurteil kommt. Solche Widersprüche würden dem Sachbearbeiter sofort auffallen.

Wie sieht dann so ein Ratingergebnis eigentlich aus?

Lehmann: Wir arbeiten mit Noten von eins bis 15, andere Kreditinstitute haben teilweise etwas andere Systeme, die aber im Grundsatz ähnlich sind.

Foto: dpa picture alliance

Ideal sind bei uns die Stufen eins bis fünf. Das bedeutet für uns: gute Bonität, sehr überschaubares Risiko und damit optimale Kreditkonditionen.

Was kann ich als Unternehmer tun, um ein gutes Rating zu bekommen?

Lehmann (lacht): Das ist eigentlich ganz einfach: Wer sein Unternehmen gut führt, hat automatisch ein gutes Rating. Im Ernst: Natürlich ist das Rating umso besser, je erfolgreicher ein Unternehmen ist. Außerdem gibt es zwei Stellschrauben, an denen man arbeiten kann, einerseits die Transparenz im Verhältnis zum Kreditinstitut, andererseits die Effizienz des Kapitaleinsatzes.

Was verstehen Sie unter Transparanz?

Lehmann: Je mehr die Bank über den Kunden weiß, desto besser. Grundsätzlich sollte man Bilanzen und GuV zeitnah einreichen und sich dann etwa vier bis sechs Wochen später zu einem Jahresgespräch zusammensetzen. Wichtig ist auch eine Einbindung des Kreditinstituts in anstehende Entscheidungen. Wenn der Berater nicht weiß, was für die nächste Zeit geplant wird, kann er das Unternehmen auch nicht richtig begleiten. Speziell bei Finanzierungen sind solche Gespräche sehr sinnvoll. Fördergelder kann man nämlich in der Regel nur bekommen, solange noch keine Verträge unterschrieben wurden. So konnten wir beispielsweise einem Maschinenbauer aufgrund des engen Kontakts rechtzeitig Finanzierungsvorschläge für geplante Investitionen unterbreiten. Die Finanzierung war dadurch schon Anfang des Jahres geklärt, obwohl die Investitionen erst im Herbst anstanden.

Welche Tipps können Sie für ein solches Gespräch geben?

Lehmann: Man sollte die Jahresgespräche zeitnah, etwa vier bis sechs Wochen nach Einreichung der aktuellen Bilanzen führen und sich dafür ausreichend Zeit nehmen. Bei Investitionsvorhaben benötigen wir außerdem einen Investitionsplan, aus dem erkennbar wird, was das Vorhaben kostet, wie es finanziert werden soll und wie es sich auf die Ertragslage auswirkt. Also die klassische Kalkulation, die der Unternehmer sowieso durchführt, um sich zu entscheiden. Alle eingereichten Unterlagen sollte man in Kopie mitbringen.

Die Erwartungshaltung der Bank ist übrigens nicht, dass der Unternehmer alle Fragen bis ins Detail wie aus der Pistole geschossen beantworten

kann. Natürlich sollte er seine Zahlen kennen. Aber es ist normal, dass man Detailfragen erst einmal intern klären muss. Allerdings sollte man die Antworten auf solche Fragen zeitnah nachreichen.

Und was ist mit dem effizienten Kapitaleinsatz gemeint? Macht das nicht jeder Unternehmer schon im eigenen Interesse automatisch?

Lehmann: Natürlich, aber oft ist da noch viel Luft drin. Beispielsweise diskutieren wir, wie schnell die Kunden in den letzten Jahren ihre Rechnungen bezahlt haben, wie man das gegebenenfalls beschleunigen kann oder inwieweit man die eigenen Zahlungsziele noch verlängern kann. Oder wir besprechen, ob sich für dieses Unternehmen Factoring lohnen könnte oder was man tun könnte, um die Eigenkapitalbasis zu stärken, wenn die Werte beispielsweise wegen eines schnellen Umsatzwachstums nicht mehr so gut sind.

Durch solche Maßnahmen verbessert sich dann das Rating?

Lehmann: Grundsätzlich wirken sich sehr viele Faktoren auf das Rating aus. In jedem Unternehmen ändern sich ständig sehr viele Umstände, also beispielsweise die Umsätze, die Zahlungsziele usw. Deshalb ist es schwer, sicher vorherzusagen, wie sich eine einzelne Maßnahme auf das Rating auswirkt. Es kann sein, dass andere Entwicklungen in die entgegengesetzte Richtig wirken und deshalb das Ergebnis nicht so ausfällt, wie es sich der Unternehmer gewünscht hat. Trotzdem sind die Anstrengungen keineswegs sinnlos, denn meist bewegt sich das Rating durch solche Maßnahmen in die richtige Richtung.

Alles in Allem: Ist die Kreditvergabe durch Ratings insgesamt gerechter geworden oder ungerechter?

Lehmann: Als Folge des Ratingsystems hat sich die Eigenkapitalausstattung im Mittelstand in den letzten Jahren deutlich verbessert und davon profitieren die Unternehmen natürlich auch selbst. Kunden mit guter Bonität zahlen weniger, solche mit schlechter Bonität mehr. Früher wurde bei Kreditentscheidungen meiner Meinung weniger differenziert. Dadurch haben die guten Unternehmen die schlechten letztlich subventioniert. Ich finde, die Kreditvergabe ist fairer und transparenter geworden.

Wir bringen Ihre Innovation ins Rollen.

Mit unseren passgenauen Finanzierungslösungen sind Sie bestens aufgestellt. Unsere Berater freuen sich auf ein Gespräch.

Sprechen Sie uns an:
Telefon: 030 / 2125-4747
E-Mail: wachsen@ibb.de
www.ibb.de/wachsen

Investitionsbank Berlin
Leistung für Berlin.

Digitale Gesellschaft stagniert

Zwei Drittel aller Deutschen nicht im Netz verankert

Foto: Pitopia

Die Nutzung der digitalen Welt ist wohl auch und vor allem ein Generationenproblem

Die kürzlich vorgestellte dritte Ausgabe der Studie „Die digitale Gesellschaft in Deutschland – Sechs Nutzertypen im Vergleich“ bringt es auf den Punkt: Die Entwicklung der digitalen Gesellschaft in Deutschland stagniert. Vor dem Hintergrund der Diskussionen um Datenschutz, Identitätsdiebstahl und Internetbetrug scheinen die Deutschen ihr distanziertes Verhältnis zu den digitalen Medien weiterhin zu wahren. Das Vertrauen in und der souveräne Umgang mit den digitalen Medien sind entsprechend kaum gestiegen.

Nach wie vor können nur 38 Prozent der deutschen Bevölkerung als „Digital Souveräne“ bezeichnet werden – lediglich eine Steigerung um einen Prozentpunkt im Vergleich zum Vorjahr. Dies ist eines der Ergebnisse der Neuauflage dieser Studie, mit der die Initiative D21 den Status der deutschen Gesellschaft auf dem Weg in die digitale Welt aktualisiert hat und für die TNS Infratest 1.000 Telefoninterviews durchführte.

Kaum Bewegungen zwischen den Nutzergruppen

Entsprechend gab es kaum Bewegungen zwischen den sechs identifizierten Nutzergruppen. Nur der Anteil der „Digitalen Außenseiter“ fiel um zwei Prozentpunkte auf 26 Prozent, während die Gruppe der „Trendnutzer“ um einen Prozentpunkt auf aktuell 21 Prozent stieg. Bei allen weiteren Gruppen („Gelegenheitsnutzer“ 28 Prozent, „Berufsnutzer“ sieben Prozent, „Digitale Profis“ zwölf Prozent und „Digitale Avantgarde“ fünf Prozent) konnten keine Veränderungen gemessen werden. Somit ist noch immer der Großteil der deutschen Bevölkerung nicht Teil der digitalen Gesellschaft. Fasst man die Gruppen der „Digitalen Außenseiter“, der „Gelegenheitsnutzer“ und der „Berufsnutzer“ zusammen, so gelten 62 Prozent der Gesellschaft als „digital wenig Erreichte“.

Demgegenüber stehen lediglich 38 Prozent der deutschen Bevölkerung, die bereits in der digitalen Alltagswelt angekommen sind, die so genannten „Digital Souveränen“ („Trendnutzer“, „Digitale Profis“ und „Digitale Avantgarde“).

„Sehr positiv ist, dass in den letzten Jahren der Anteil der Onliner an der Bevölkerung von zwei Drittel auf drei Viertel gestiegen ist. Gleichwohl bleibt es wichtig, dass wir allen Mitgliedern unserer Gesellschaft die Vorteile des digitalen Zeitalters noch deutlicher als bisher nahe bringen“, so Hans-Joachim Otto, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Otto weiter: „Das erreichen wir nur, wenn wir das Vertrauen in die digitalen Medien erhöhen, die ersten Schritte in die digitale Welt erleichtern und die digitale Kompetenz bei denen steigern, die bisher nur rudimentär die digitalen Medien nutzen.“

Mehr Details zu den einzelnen Nutzergruppen, weitere Informationen sowie die Studie „Die digitale Gesellschaft in Deutschland – Sechs Nutzertypen im Vergleich“ finden Sie unter *www.digitale-gesellschaft.info*

Foto: Pitopia

Kinder und Jugendliche halten sich eher zu lange und zu oft im Netz und bei digitalen Spielen auf...

LEGENDÄRE JEEP-FÄHIGKEITEN AUF NEUEM NIVEAU

Der Grand Cherokee vereint 70 Jahre Offroad-Erfahrung mit technologischen Innovationen und bietet eine Ausstattung auf Luxusklasse-Niveau

Unter den zahlreichen Technik-Funktionen des neuen Jeep Grand Cherokee sind es vor allem drei, die seine ideale Balance zwischen Durchsetzungskraft und Fahrkultur herstellen.

Zum einen ist das die neue Quadra-Lift Luftfederung, die die Karosserie um bis zu 105 Millimeter auf eine maximale Offroad-Bodenfreiheit anhebt und damit wesentlich sowohl zur legendären Jeep-Geländegängigkeit als auch zum luxuriösen Fahrverhalten auf der Straße beiträgt. Zum anderen ist das die neue Einzelradführung vorn und hinten, die das Handling und den Komfort auf der Straße wesentlich verbessert. Und zum dritten ist da natürlich der völlig neue V6-Motor, der mehr Leistung und Laufkultur bei geringerem Verbrauch bietet.

„Unser neuer Jeep Grand Cherokee bietet alles, was Sie von einem SUV erwarten – und mehr. Mehr Fähigkeiten, mehr Technologie, mehr Innovation und mehr Annehmlichkeiten", sagte Phil Jansen, für den Grand Cherokee verantwortlicher Chefingenieur bei der Chrysler Group LLC. „Beim Grand Cherokee geht es um Premiumleistung auf der Straße und legendäre Jeep-Fähigkeiten. Wir haben unseren Kunden genau zugehört und den Grand Cherokee „so auf ein neues Niveau gehoben."

Das neue Selec-Terrain System bietet Einstellungen für fünf verschiedene Fahrbedingungen: Sand/ Matsch, Sport, Felsen, Auto/ Straße und Schnee. Letzteres ist ja noch nachvollziehbar, aber wer will mit einem solch tollen, teuren und komfortablen Auto wirklich auf Felsen klettern Gewässer durchwaten oder im Schlamm suhlen? In Mitteleuropa sicherlich kaum jemand.

Erstklassige Antriebe

Anders sieht es da bei den Antrieben oder bei der Zugkraft aus. Für den neuen Jeep Grand Cherokee stehen zwei Motorvarianten zur Wahl: der neue 3,6 Liter Pentastar V6 und der legendäre 5.7 V8.

Erstmals kommt der neue 3.6 V6 Pentastar Benzinmotor zum Einsatz. Dank seiner variablen Ventilsteuerung VVT leistet der Motor 210 kW (286 PS) bei 6.350 Umdrehungen pro Minute und liefert ein Drehmoment von 347 Newtonmetern bei 4.300 Umdrehungen pro Minute – bei einem um zehn Prozent geringeren Verbrauch. Er kann Anhänger bis zu einem Gewicht von 2.268 Kilogramm ziehen.

Zusätzlich zum neuen V6-Motor steht für den Jeep Grand Cherokee der legendäre 5.7 V8 mit Zylinderabschaltung MDS zur Wahl. Ebenfalls mit der variablen Ventilsteuerung VVT ausgerüstet, liefert er 259 kW (352 PS) bei 5.200 Umdrehungen pro Minute. MDS – oder mit vollem Namen Multi Displacement System – schaltet je nach Leistungsanforderung des Fahrers unmerklich zwischen dem Betrieb mit acht oder vier Zylindern um. Dieser Motor zieht eine in diesem Fahrzeugsegment unübertroffene Anhängelast von bis zu 3,5 Tonnen.

Vierradantriebs-Systeme

Der Jeep Grand Cherokee ist für Märkte außerhalb Nordamerikas je nach Version mit zwei verschiedenen Vierradantriebs-Systemen ausgerüstet:
Quadra-Trac II nutzt die Informationen mehrerer Sensoren zur frühest möglichen Erkennung und Korrektur von Radschlupf. Das System analysiert jede Gaspedal-Bewegung und maximiert bei besonders schnellen Bewegungen die Traktion, um Radschlupf vorzubeugen.

Quadra-Drive II stellt mit seinem elektronischen Hinterachs-Sperrdifferential ELSD die industrieweit besten Traktionsfähigkeiten zur Verfügung. Das System bemerkt Radschlupf sofort und leitet unmerklich das Motordrehmoment an diejenigen Räder um, die noch Traktion haben. Im Extremfall kommt der Grand Cherokee mit Quadra-Drive II auch dann noch voran, wenn nur ein einziges Rad greift. In einigen Fällen kann das System schwindende Traktion auch vorausahnen und proaktiv Maßnahmen einleiten, um Radschlupf gar nicht erst entstehen zu lassen. *G. K.*

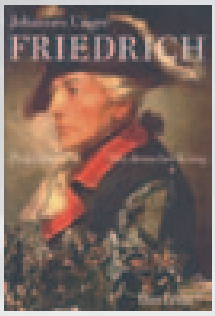
Foto: Bundesarchiv

Großer Bahnhof für einen kleinen König

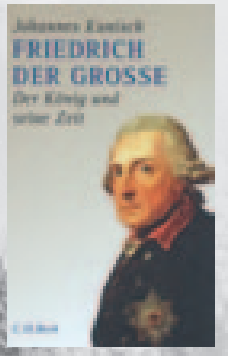
2012: JUBILÄUMSJAHR „FRIEDRICH 300“

Der 24. Januar 2012, an dem sich der Geburtstag des Preußenkönigs Friedrich II. zum 300. Mal jährte, war der Auftakt zu einem Jubiläumsjahr mit zahlreichen Veröffentlichungen, Ausstellungen, TV-Sendungen und Veranstaltungen. Es ist dies nicht der Ort, Leben und Wirken Friedrichs des Großen zu würdigen und zu werten, wohl aber möchten wir unseren Lesern einige Hinweise bieten, wie Sie sich dem „Jubiläumsjahr Friedrich 300“ auf verschiedene Weise annehmen und nähern können.

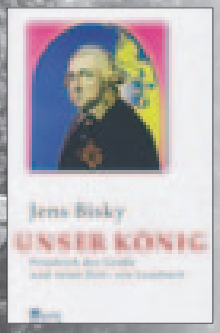
Der Alte Fritz
Mensch, Monarch, Mythos
Tom Goeller
Hoffmann & Campe
351 S., 21,99 Euro



Friedrich
Ein deutscher König
Johannes Unger
Propyläen
315 S., 16,99 Euro



Friedrich der Große
Der König und seine Zeit
Johannes Kunisch
C.H. Beck
620 S., 19,95 Euro



Unser König
Friedrich der Große und seine Zeit
Jens Bisky
Rowohlt
397 S., 19,90 Euro

Dem Charisma Friedrichs des Großen konnten sich schon seine Zeitgenossen nur schwer entziehen

AUSSTELLUNGEN

Friederisiko –Friedrich der Große
28.4. – 28.10.
Ausstellung im Neuen Palais und Park Sanssouci Potsdam, *www.spsg.de*

Für 8 Groschen ist’s genug
Friedrich der Große in seinen Münzen und Medaillen
noch bis 30.9.
Münzkabinett im Bode Museum Berlin

Friedrichs Montezuma
Macht und Sinne in der preußischen Hofoper
noch bis 24.6.
Kupferstichkabinett am Kulturforum Berlin

... den alten Fritz, der im Volke lebt
Das Bild Friedrichs des Großen bei Adolf Menzel
noch bis 24.6.
Kunstbibliothek am Kulturforum Berlin

Homme des Lettres. Frédéric.
Der König am Schreibtisch
2.6. – 1.9.
Museum für asiatische Kunst, Berlin-Dahlem

Friedrich der Große
verehrt, verklärt, verdammt
22.3. – 29.7.
Deutsches Historisches Museum Berlin

Friedrichs neue Provinzen
5.5. – 23.9.
Bad Freienwalde und Prenzlau
www.schloss-freienwalde.de

König & Kartoffel
20.7. – 28.10.
Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Potsdam

Friedrich ohne Ende
4.8. – 28.10.
Kurt-Tucholsky-Literaturmuseum Schloss Rheinsberg

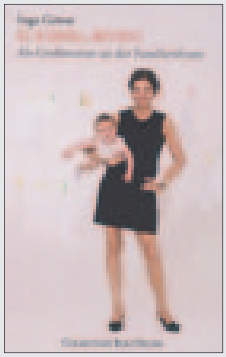
Das Musical: Friedrich Mythos und Tragödie
1.– 30.6.
Metropolis-Halle in Potsdam-Babelsberg

BÜCHER

Mittelstand unter lauter Räubern
Eberhard und Imke Hamer
Geb., 25,- Euro
Aton Verlag

In der ihm eigenen klaren und unmissverständlichen Sprache legt Eberhard Hamer zusammen mit seinem Sohn Imke den Finger in die Wunde: Schon vor dem ersten Umsatz bekommt ein Existenzgründer Zahlungsaufforderungen von Finanzamt, Sozialkassen, IHK, Banken und Beratern. Danach sind die Unternehmer wie ein Hamster im Laufrad: Je schneller sie laufen, desto mehr Unternehmer zapfen sie an. Die meisten Unternehmer sind zwar unzufrieden mit dem, was andere ihnen ständig abzocken; ihnen ist das Ausmaß ihrer Plünderung und die Zahl ihrer Räuber aber meist nicht klar. Das Buch soll Unternehmern helfen, durch Abwehr öffentlicher und privater Räuberei die dadurch entstehenden Verluste zu reduzieren.

12 Enkel bitte!
Inga Griese
Geb., 224 S., 17,90 Euro
Collection Rolf Heyne
ISBN 978-3-89910-515-5



Inga Griese (55) ist zum ersten Mal Großmutter geworden. Die in Berlin lebende gebürtige Kielerin und Wahl-Sylterin, Zeitungs-Autorin und Kolumnistin hat sich während der Schwangerschaft ihrer ältesten Tochter viele Gedanken gemacht. Sie kreisen rund um ihre eigene Kindheit, ihre Rolle als berufstätige Mutter einer Patchwork-Familie und als künftige Großmutter. Mit einer wohltuenden Portion nachdenklicher Leichtigkeit hat sie mit „12 Enkel bitte!“ ein munteres und ermunterndes Plädoyer für die Familie in ihrer ganzen Vielfalt verfasst.

Die Macht der Erinnerung
Erika Steinbach
Geb., 250 S., 22,00 Euro
Universitas Verlag
ISBN 978-3-8004-1495-6

Wer nicht fähig ist, seine eigenen Toten zu betrauern, kann nicht ehrlich am Leid anderer teilnehmen. Dies ist ein tragender Gedanke, von dem sich Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen und CDU-Bundestagsabgeordnete, leiten lässt. Die 68-jährige Politikerin gehört seit über 20 Jahren dem Deutschen Bundestag an und hat in den letzten Jahren vor allem durch ihre Standhaftigkeit gegen inneren und äußeren Druck überzeugt. Die gebürtige Westpreußin setzt sich in ihrem Buch vehement für Menschenrechte ein – die sie auch für die deutschen Vertriebenen einklagt. Dies auch auf Seiten der deutschen Aufnahmegesellschaft, denn nicht selten hat es auch an Mitgefühl und Solidarität mit den Vertriebenen im (vermeintlich) heimischen Deutschland gemangelt.

Medientraining kompakt
Geb., 160 S., 19,90 Euro
Gabal Verlag, ISBN 978-3-86936-243-4

Warum ist mir diese Antwort erst nach dem Interview eingefallen? Wieso pickt sich ein Journalist eine Nebensächlichkeit als Schlagzeile heraus? Was sage ich, wenn ich eine Frage nicht beantworten will? Alle, die mit den Medien zu tun haben, stellen sich solche Fragen fast täglich. Dieses Buch will helfen, den Umgang mit den Medien souveräner zu bestreiten und die gängigsten Fehler, wie man sie in der jüngeren deutschen Polit-Vergangenheit quälend besichtigen konnte, zu vermeiden.

Die besten Strategietools in der Praxis
Kerth/ Asum
Geb., 380 S., 59,90 Euro
Hanser Verlag, ISBN 978-3-446-42705-1

Mit der 5. Auflage hat sich dieses Buch endgültig als Standardwerk etabliert. Es bietet eine kompakte Übersicht der wichtigsten Strategieinstrumente und stellt einen konkreten Leitfaden zur Auswahl, Gestaltung um Umsetzung zur Verfügung. Erfreulich: Dabei bleiben die Autoren sehr konkret.

Die besten Ideen für erfolgreiche Rhetorik
Nikolaus B. Enkelmann
Geb., 220 S., 29,90 Euro
Gabal, ISBN 978-3-86936-238-0

Was haben Steve Jobs und Cicero gemeinsam? Gibt es ein Rezept für die perfekte Rede? Wie kann man Präsentationen gestalten, die sich durch Überraschungseffekte direkt in das Hirn der Zuhörer beamen? Was können wir von Barak Obama lernen, von seinem Auftreten, seinem Charisma? 22 Top-Experten geben auf diese Fragen ebenso spannende wie kurzweilige Antworten. Nikolaus B. Enkelmann ist einer der bekanntesten deutschen Motivationstrainer und Autor des MittelstandsMagazins.

Social Media für Quereinsteiger
Chris Brogan
Broschur, 292 S., 19,90 Euro
Wiley VCH, ISBN 978-3-527-50606-4

Wer sich mit Social Media beschäftigt, muss viel beachten und ausprobieren. Eine sinnvolle Strategie ist wichtig, um nicht daneben zu tappen, wie es jüngst einige CDU-Gliederungen erfuhren, als sie, quasi weltweit, zu ihren Sommer- oder Stadtteilfesten einluden. In diesem Buch schildert der Autor in kurzen, einprägsamen Kapiteln, versehen mit vielen Tipps und Beispielen, wie man z.B. als Unternehmen profitable Beziehungen knüpft.

RECHT IM GESPRÄCH

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar, stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand, wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wollen helfen, mehr Licht in den Paragrafen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten oder zu aktuellen Themen Wissenswertes mitteilen.

Aber Achtung: *Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

Unseren Leser Claas G. beschäftigen als aktiven Raucher immer wieder Fragen um das Rauchverbot. Durch Landesgesetze wurde in öffentlichen Gebäuden und auch Gaststätten das Rauchen verboten. Gastwirte klagen über Umsatzrückgänge. Unser Leser muss auch im Winter zum Rauchen vor die Tür gehen und möchte nun wissen, ob ein Gastwirt zum Beispiel eine Miet- oder Pachtminderung wegen der Umsatzrückgänge verlangen kann, wenn bei Vertragsbeginn das Rauchverbot noch nicht bestand.

Dies ist eine sehr spannende Frage. Der Gastwirt hat seinen Betrieb unter ganz anderen Bedingungen gegründet und dann in den gemieteten Räumlichkeiten betrieben. Ohne sein Zutun kann er plötzlich diesen Betrieb nicht mehr in der gewohnten Weise ausführen. Wenn wegen des Rauchverbots tatsächlich Gäste fernbleiben, ist auch ein Schaden darstellbar.

Trotzdem darf nicht übersehen werden, dass den Verpächter oder Vermieter keine Verantwortung für die veränderte Situation trifft. Der Bundesgerichtshof hat es in einer Entscheidung aus dem Sommer 2011 (XII ZR 189/09) abgelehnt, den Verpächter zur Kostenübernahme für die notwendigen Umbauarbeiten in Raucher- und Nichtraucherbereiche zu verpflichten. Nicht die Beschaffenheit der Pachtsache ist Ursache der Gebrauchsbeeinträchtigung für den Pächter. Dieses ist vielmehr eine gesetzliche Anordnung gewesen. Damit fällt das gesetzliche Rauchverbot in den wirtschaftlichen Risikobereich des Pächters.

Wir haben an dieser Stelle schon einmal über den Grundsatz der „Firmenwahrheit“ berichtet. Dieser Grundsatz bezieht sich auf das Verbot, durch die Gestaltung eines Firmennamens potenzielle Kunden in die Irre zu führen.

Die Registergerichte, die die Firmen in das Handelsregister einzutragen haben, achten sehr genau darauf, dass der gewählte Name auch zu dem Zweck und der Art der Firma passt. Das OLG Schleswig hat zum Beispiel in einer Entscheidung aus dem Herbst 2011 (2 W 231/10) dem Registergericht Recht gegeben, als es den Zusatz „Group“ für eine Einzelfirma nicht akzeptierte. Grundlage ist das HGB. Danach darf auch durch die Gestaltung des Namens nicht über geschäftliche Verhältnisse getäuscht werden, die für die angesprochenen Verkehrskreise wesentlich sind. Hier liegt es auf der Hand, dass eine Einzelfirma nicht zugleich eine Firmengruppe sein kann.

Unser Leser Peter B. ist Gesellschafter einer GmbH und zugleich auch Kommanditist der dazugehörigen KG. Es handelt sich also um eine ganz normale GmbH & Co. KG. Es gibt noch weitere Gesellschafter und Kommanditisten. Die GmbH ist die Komplementärin. Er hat nun gehört, dass es vor Kurzem bei einer anderen Firma Schwierigkeiten mit der Einlage durch die Komplementär-GmbH gegeben haben soll.

Grundsätzlich ist es kein Problem, wenn eine Komplementärin eine Kapitaleinlage erbringt. Dieses ist zwar bei einer Komplementär-GmbH nicht üblich, aber möglich. An ihrer Stellung als Komplementärin ändert sich dadurch nichts. Die Einlage ist dann eine Komplementäreinlage.

Die Komplementärin kann allerdings nicht durch die Erbringung einer Kapitaleinlage zur Kommanditistin werden. Ein Handelsregistergericht würde eine solche Eintragung im Register nicht vornehmen. Aufgrund der zwingenden Einheitlichkeit des Geschäftsanteils kann eine Komplementärin nicht gleichzeitig Kommanditistin sein.

Schreiben Sie uns: rechtsfragen@mitmagazin.com

Rhetorikseminar muss erforderlich sein

BAG; Beschluss vom 12.01.2011; 7 ABR 94/09

Selbstverständlich haben Betriebsräte das Recht, sich fachlich für ihre Betriebsratsarbeit fortzubilden. Im Rahmen eines Rechtsstreits hat das Bundesarbeitsgericht aber strenge Anforderungen an die Begründung einer solchen Maßnahme aufgestellt. Das BAG rügte diverse Mängel in einem Verfahren, in dem der Betriebsrat seinen Vorsitzenden zu einem Rhetorikseminar schicken wollte. So muss bereits vor der Entsendung eines Betriebsratsmitglieds in eine solche Fortbildungsveranstaltung der Betriebsrat selbst die Erforderlichkeit prüfen. Betriebliche Notwendigkeiten sind dabei ebenfalls zu berücksichtigen. Ort und Zeit der Veranstaltung müssen angegeben sein. Nur wenn dieses geschehen und im Prozess substantiiert vorgetragen ist, kann das Gericht unter Umständen positiv für den Betriebsrat entscheiden und den Besuch des begehrten Rhetorikseminars zulassen.

Keine Abmahnung ohne Folgenhinweis

BGH; Urteil vom 12.10.2011; VIII ZR 3/11

So genannte Dauerschuldverhältnisse können nicht ohne Weiteres gekündigt werden. Oft laufen sie über einen vorher festgelegten Zeitraum. Zu den Dauerschuldverhältnissen zählen zum Beispiel Miete, Pacht, Leihe, Dienstverträge, Darlehen oder auch Versicherungsverträge. Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kann aber jeder Vertragspartner den Vertrag auch ohne Einhaltung der Kündigungsfrist beenden. Ist der „wichtige Grund“ in einer Verletzung einer vertraglichen Pflicht zu sehen, so muss der Kündigung allerdings eine Abmahnung vorausgehen. Über die richtige Gestaltung einer solchen Abmahnung hatte der Bundesgerichtshof zu entscheiden.

Der BGH verlangt für eine wirksame Abmahnung, dass in ihr das vertragswidrige Verhalten konkret gerügt wird. Das ist aber allein nicht ausreichend. Der Vertragspartner muss zusätzlich darauf hingewiesen werden, dass ihm für den Fall eines weiteren Vertragsverstoßes Konsequenzen drohen. Eine ausdrückliche Kündigungsandrohung ist nach BGH-Rechtsprechung nicht erforderlich. Dem Abmahnungsempfänger muss aber deutlich werden, dass die weitere vertragliche Zusammenarbeit auf dem Spiel steht. Das gilt nach BGH auch für die Abmahnung nach § 314 BGB.

Kinderbetreuung bei Anwaltsnotarinnen: Ein Jahr muss reichen

BGH; Urteil vom 21.11.2011; NotZ(Brfg) 3/11

Legt ein Anwaltsnotar sein Amt gemäß § 48b BNotO für mehr als ein Jahr nieder, so hat er keinen Anspruch auf eine erneute Übertragung des Notaramtes. Dieser Grundsatz soll nach Rechtsauffassung des Bundesgerichtshofs auch für eine Anwaltsnotarin gelten, die wegen der Betreuung ihrer minderjährigen Kinder für mehr als ein Jahr aussetzt. Nach Ablauf der Pflege- bzw. Betreuungszeit kann die Betroffene gemäß § 6b Abs. 1 Halbsatz 1 BNotO nur dann erneut zur Notarin bestellt werden, wenn eine neue Notarstelle ausgeschrieben worden ist. Darüber hinaus muss sie das Bewerbungsverfahren erfolgreich durchlaufen. Die bisherige Anwaltsnotarin hat keinen Anspruch auf Schaffung einer neuen Notarstelle.

Der von der Klägerin geltend gemachte Anspruch auf erneute Übertragung des Amtes ergibt sich auch nicht aus § 48c Abs. 1 Satz 1 BNotO. Nach dieser Bestimmung wird der Notar an seinem bisherigen Amtssitz erneut bestellt, wenn er mit dem Antrag auf Genehmigung der vorübergehenden Amtsniederlegung erklärt, sein Amt innerhalb von höchstens einem Jahr wieder antreten zu wollen. Eine derartige Erklärung hat die klagende Notarin allerdings nicht abgegeben. Vielmehr hat sie ihr Amt wegen der Betreuung minderjähriger Kinder für einen längeren Zeitraum als ein Jahr niedergelegt. Der BGH und die Bundesnotarordnung nehmen damit keine Rücksicht auf junge Mütter. Eine Überprüfung der Norm der Bundesnotarordnung hält der BGH nicht für notwendig.

Erst die Arbeit, dann die Steuer

OLG München; Urteil vom 09.06.2011; 9 U 502/11

Die Rechtsprechung zum Schadensersatz bei Verkehrsunfällen hat es vorgemacht: Wer einen Unfall erleidet und den Sachschaden zunächst nicht repariert, kann nur den Nettoschaden ersetzt verlangen. Die Mehrwertsteuer muss der Schädiger erst zahlen, wenn auch der Geschädigte Mehrwertsteuer für die Reparaturleistungen zu erbringen hat.

Jetzt hat das Oberlandesgericht München diese Grundsätze auch auf das Baurecht übertragen. Bei Dachdeckerarbeiten hat der Auftragnehmer nicht ausreichend imprägnierte Hölzer eingebaut. Allerdings verweigert er auch die Nachbesserung. Der Bauherr verlangt darauf hin von ihm die Mangelbeseitigungskosten, ohne jedoch die Reparatur zunächst durchzuführen. Das Oberlandesgericht spricht deshalb Schadensersatz nur in Höhe der Kosten ohne Mehrwertsteuer zu. Die Mehrwertsteuer hat der Schädiger erst dann zu tragen, wenn sie auch beim Bauherrn im Rahmen der Mangelbeseitigungsarbeiten anfällt. Solange kann und sollte der Geschädigte seinen Anspruch im Klageverfahren durch einen Feststellungsantrag sichern.

Foto: dpa picture alliance

Vortrags-Honorare für Promis und Politiker

Spitzenverdiener, jedenfalls unter Deutschlands Rednern, ist Alt-Kanzler Gerhard Schröder, hier auf einem Gewerkschaftskongress im Münchener Löwenbräukeller

Als das Exklusivste, was die weltweiten Redner-Agenturen zu bieten haben, ist der ehemalige US-Präsident Bill Clinton im Vortrags-Angebot. 250.000 US-Dollar muss man für ihn mindestens auf den Tisch blättern. Dagegen erscheinen die deutschen Top-Stars wie Minijobber: Gerhard Schröder gibt's für 75.000,- Euro, Joschka Fischer für 25.000,-. Aus den Kreisen der Union sind Heiner Geißler für 15.000,- und Theo Weigel für 10.000,- Euro zu haben.

Auf den Cent genau weiß niemand exakt zu sagen, was die Redner wirklich einstreichen, es kommt allemal darauf an, was der Veranstalter mit einer der gut zwei Dutzend Agenturen an Honorar aushandelt. Viele der prominenten Redner werden gar von mehreren Agenturen auf ihren Listen geführt; 20 Prozent vom Honorar behalten sie meist als Vermittlungsgebühr ein.

Hier eine beliebige Auswahl von Redner-Vermittlungsagenturen:
www.redner.de
www.celebrity-speakers.de
www.getspeaker.com
www.econ-referenten.de

Wer kostet wie viel?
ungefähre Angaben in Euro

Bill Clinton	190.000,-
Kofi Annan	110.000,-
Gerhard Schröder	75.000,-
Anke Engelke	40.000,-
H.-D. Genscher	30.000,-
Joschka Fischer	25.000,-
Peer Steinbrück	20.000,-
Tom Buhro	20.000,-
Klaus Töpfer	20.000,-
Heiner Geißler	15.000,-
Ranga Yogeshwar	15.000,-
Hans-Olaf Henkel	15.000,-
Matthias Horx	12.000,-
Theo Weigel	10.000,-
Peter Bofinger	6.000,-
Franz Alt	4.000,-

BETRUG BEI HANDELSREGISTER-EINTRAGUNGEN

Wer sein Unternehmen im Handelsregister eintragen lässt, muss sich vor unseriösen Angeboten in Acht nehmen. Eintragungen im Handelsregister erfolgen in Deutschland nur noch elektronisch. Die erfolgten Eintragungen werden nicht mehr in der Tageszeitung, sondern im Internet bekannt gemacht (www.handelsregisterbekanntmachungen.de). Den Umstand, dass diese Bekanntmachungen frei zugänglich sind, machen sich Bauernfänger zunutze.

Kaufleute oder Geschäftsführer von Kapitalgesellschaften erhalten nach der Eintragung im Handelsregister von verschiedensten Unternehmen Post, die aussieht wie eine Rechnung vom Handelsregister. In Wahrheit handelt es sich bei diesen Schreiben um Angebote, sein Unternehmen für viel Geld in eine obskure Datenbank eintragen zu lassen. In der Annahme, die „Rechnung" beziehe sich auf die Handelsregistereintragung, wird das Schreiben häufig mit einem Buchungsstempel versehen und bezahlt. Ungewollt kommt dadurch ein Vertrag mit dem Unternehmen zustande, der sich fatalerweise auch noch jeweils um ein Jahr verlängert, wenn bis zu einem festgelegten Datum keine Kündigung erfolgt.

Durch die Angabe von Aktenzeichen, Kassenzeichen, Zahlungsfristen oder auch durch die Verwendung des Landeswappens wird der Anschein erweckt, es handele sich um ein offizielles behördliches Schreiben. Verstärkt wird dieser Eindruck durch die Verwendung irreführender Firmennamen wie z. B. „Allgemeines Gewerberegister", „BVA Bundesverlag Anzeiger Handelsregister", „Deutsches Gewerberegister" oder „Deutscher Handelsregisterverlag AG".

Unterwegs zuhause

o2 Blue M Professional:

Die optimale Mobilfunk-Lösung für Selbstständige und kleine Unternehmen

Smartphones und andere mobile Endgeräte ermöglichen immer mehr und umfangreichere geschäftliche Anwendungen wie E-Mail-Kommunikation, Internet-Nutzung, Office-Anwendungen, Zugriff auf Firmennetzwerke, Unternehmenslogistik oder ortsbezogene Dienstleistungen mittels GPS-Navigation. Sowohl die Technologie als auch die verfügbaren Anwendungen haben sich in letzter Zeit so stark weiterentwickelt, dass mobile Endgeräte häufig bereits Ersatz oder zumindest unentbehrliche Ergänzung für den heimischen Schreibtisch sind.

Die mobile Nutzung von digitalen Anwendungen und Dienstleistungen ist somit längst ein selbstverständlicher Bestandteil des modernen Geschäftslebens geworden. Vor allem Außendienst-Mitarbeiter oder selbstständig Gewerbetreibende können heutzutage auf die zahlreichen Chancen und Möglichkeiten aktueller Mobilfunklösungen nicht mehr verzichten.

Die mobilen Endgeräte übernehmen gleichzeitig eine immer zentralere Rolle im Leben ihrer Nutzer, da sie sowohl Kommunikations- und Arbeitsgerät sind als auch dabei helfen, das Privatleben und den Geschäftsalltag zu organisieren. Da Smartphone, Netbook und Co. inklusive der dazu gehörigen mobilen Anwendungen durch die ständig zunehmende Nutzung aber auch immer mehr zu einem Kostenfaktor werden, benötigen Geschäftsleute einen ökonomisch sinnvollen, auf ihre individuellen Bedürfnisse abgestimmten Tarif.

Große Mobilfunkanbieter wie o2 verfügen über eigene Mobilfunknetze und Infrastrukturen für ihre jeweiligen Dienstleistungen. Da sie somit alle Bereiche ihrer Angebote aus einer Hand bereitstellen können, bieten sie ihren Kunden nicht nur übersichtliche, spezifisch bei günstigen Preisen. Insbesondere für Selbstständige und kleine Unternehmen bietet beispielsweise die neue Produktfamilie der o2 Blue Professional Mobilfunktarife die passende Lösung für nahezu alle herkömmlichen Anforderungen. Egal, ob man unterwegs nur erreichbar sein will oder unbegrenzt in alle deutschen Netze telefonieren sowie große Datenmengen versenden und empfangen möchte: Einer der insgesamt vier unterschiedlich dimensionierten o2 Blue Professional Tarife passt sicher.

Viele zusätzliche Vorteile

Für Geschäftsleute, die mobil arbeiten und dabei viel innerhalb Deutschlands telefonieren sowie häufig im Internet unterwegs sind, ist insbesondere der Tarif **o2 Blue M Professional** sehr empfehlenswert. Bei einer Vertragslaufzeit von 24 Monaten sind im Netto-Grundpreis von monatlich 33,61 Euro bereits alle Leistungen enthalten, die üblicherweise für mobiles Arbeiten benötigt werden. Neben Flatrates ins deutsche Festnetz, in das Mobilfunknetz von o2 und alle anderen deutschen Mobilfunknetze sowie einer Surf-Flatrate bietet o2 seinen Geschäftskunden außerdem noch viele zusätzliche Vorteile und Dienstleistungen. So stehen in o2 Blue M Professional eine kostenlose Festnetznummer sowie 20 Prozent mehr Inklusiv-SMS (180) pro Monat zur Verfügung als in vergleichbaren Privatkundentarifen. Die Surfgeschwindigkeit des Tarifs von bis zu 7,2 MBit/s wird erst ab einer verbrauchten monatlichen Datenmenge von 360 MB auf GPRS-Geschwindigkeit gedrosselt. Außerdem telefonieren Nutzer von o2 Blue M Professional monatlich 60 Minuten lang kostenlos ins Festnetz von Ländern der Europäischen Union, der Türkei sowie der USA und von Kanada.

Zusätzlich profitieren o2 Geschäftskunden exklusiv von einer 24-Stunden Servicehotline (0179 – 4444 333), einem 48-Stunden-Handy-Austauschservice und einer kostenlosen Papierrechnung.

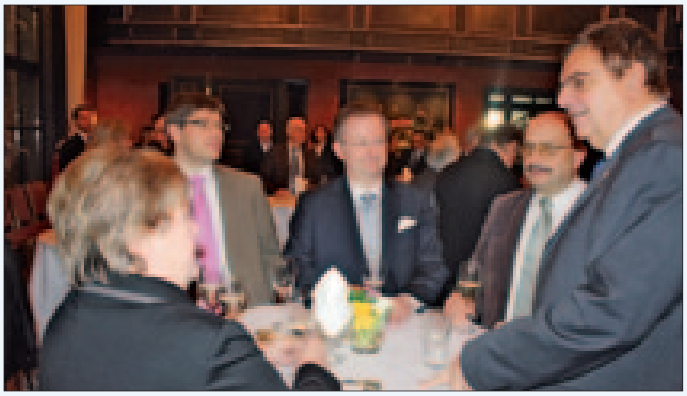
Aufgrund einer exklusiven Partnerschaft mit Microsoft bietet o2 seinen Geschäftskunden zusätzlich ein besonderes Highlight zur Erleichterung ihres Tagesgeschäfts. Bei Abschluss eines o2 Blue M Professional Vertrags und gleichzeitigem Kauf eines Windows Smartphones wie dem HTC Radar oder HTC TITAN erhalten Business Kunden einen Rabatt-Gutschein für das Microsoft Office Home and Business Paket 2010. Die umfangreiche Softwareausstattung kostet dadurch brutto nur 159 anstatt 249 Euro. Dieser besondere Einkaufsvorteil ist ausschließlich in o2 Shops erhältlich, das Bundle wird online nicht angeboten. Nach Erhalt des Gutscheins kann sich der o2-Kunde die Office Home and Business 2010 Software inklusive dazugehörigem Produktschlüssel von der Webseite **www.microsoftstore.de** herunterladen. Es erfolgt keine physische Lieferung eines Datenträgers.

Geschäftskunden, die mehr über o2 und seine Angebote wissen möchten, können sich an die **Hotline 0800-5836389** wenden oder direkt in einem der zahlreichen o2 Shops oder o2 Partnershops vorbeischauen. Auf der Webseite **www.o2shop.de** zeigt der o2 Shopfinder nach Eingabe der Postleitzahl die jeweils nächst gelegenen Shops an.

Unbegrenzt telefonieren

o2 Blue M Professional ist die Smartphone-Lösung für modernes mobiles Arbeiten. Nutzer telefonieren unbegrenzt in alle deutschen Netze und können durch Microsoft Home and Business 2010 ihr Tagesgeschäft erleichtern.

MU- Neujahrsempfang mit Prof. Sinn



Rund 500 Gäste konnte die Mittelstands-Union bei ihrem Neujahrsempfang im Münchner Künstlerhaus am Lenbachplatz begrüßen. Als Redner sprach der Leiter des Ifo-Instituts Prof. Dr. Sinn. Der MU-Landesvorsitzende Dr. h.c. Hans Michelbach, MdB, stellte in seinem Grußwort klar, dass der Mittelstand 2012 vor einem wichtigen Jahr der Richtungsentscheidungen steht. „Die Alternativen sind klar: Aufschwung oder Abschwung, Stabilität oder Schulden, Freiheit oder Bevormundung, Steuergerechtigkeit oder immer mehr Umverteilung, darum geht es 2012“, sagte Michelbach. Gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten sei Stabilität unverzichtbar: „Stabilitätsanker war und ist unsere Wirtschaft, insbesondere unsere Familienunternehmen. Wir sind zweifellos die Konjunkturlokomotive. Die wesentlichen Gründe für diese Erfolge liegen in den fleißigen und gut ausgebildeten Menschen und in den Stärken unserer heimischen Wirtschaft.“

Prof. Sinn schloss sich in seiner gut einstündigen Rede der Einschätzung an. Insbesondere die Staatsschuldenkrise nahm sich Sinn vor. Hier plädierte er für weniger politische Lösungen, als vielmehr dafür, auf die Stärke der Wirtschaft zu setzen: „Eine politische Lösung wird sehr schwierig. Wenn jemand diese Krise bewältigen kann, dann sind das die Unternehmen. Insbesondere unsere Mittelständler können und müssen beim Aufbau neuer Strukturen in den Eurokrisenländern eine herausragende Rolle spielen.“ Den Wert des Mittelstandes für Deutschland betonte Sinn ebenfalls: „Der starke Mittelstand war unser Vorteil in der Wirtschaftskrise. Kein Land in Europa hat solche Strukturen. Die Politik ist daher gefordert, den Mittelstand endlich zu entlasten!“ Die Gäste dankten Sinn mit minutenlangem Applaus. Für die MU überreichte der stv. Landesvorsitzende und Münchner Bezirksvorsitzende Thomas Schmatz einen Moriskentänzer.

Kein Grund für Pessimismus

Der Landesverband der MIT Sachsen-Anhalt hatte gemeinsam mit dem CDU-Kreisverband Salzland zum traditionellen Neujahrsempfang in das Bestehornhaus nach Aschersleben eingeladen. Begrüßt wurden die über 350 geladenen Gäste vom Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt und stv. MIT-Landesvorsitzenden Detlef Gürth und vom MIT-Kreisvorsitzenden Dr. Gunnar Schellenberger. Gürth zog eine positive Bilanz des zurückliegenden Jahres. Trotz weltweiter Finanz- und Wirtschaftskrise habe sich Deutschland und Sachsen-Anhalt wie kein anderes Land auf der Welt hervorragend entwickelt. Während die Arbeitslosigkeit europaweit auf über 20 Prozent geklettert sei, sinke sie in Deutschland kontinuierlich auf den niedrigsten Stand seit zwanzig Jahren. Es gebe keinen Grund für Pessimismus und schlechte Stimmung. Eine ähnlich positive Bilanz zog die Hauptrednerin des Abends, die Ministerin für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. Birgitta Wolff. Sie machte in ihrer Neujahrsansprache deutlich, dass Sachsen-Anhalt so gut dastehe, wie noch nie in seiner jungen Geschichte. Dies sei das Ergebnis einer Politik, die auf Wachstum und Beschäftigung setze. Sachsen-Anhalt sei das Land mit den meisten ausländischen Investitionen, bei der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes stehe man mittlerweile bundesweit auf Rang 3. Man werde das neue Jahr dazu nutzen, diese Entwicklung weiter voranzutreiben. Als Beispiele nannte sie eine Verbesserung der Clusterpolitik, eine Anpassung der Förderrichtlinien, mehr Forschung und Entwicklung sowie eine bessere Verzahnung mit den Universitäten des Landes.

Foto: Holger Wegener

Die 1. Straßfurter Salzfee (3.v.l.) durfte beim diesjährigen Neujahrsempfang der MIT Sachsen-Anhalt nicht fehlen

Von Energieeffizienz bis Elektromobilität

Der Stellvertretende Bürgermeister und Umweltausschussvorsitzende, Guido Görtz (2.v.l.) war auch gekommen, um sich bei Stefan Simmnacher (Mitte), Peter Niesgens (6.v.r.) und Reinhard Efkes (3.v.r.) zu informieren

Ein echter Hingucker waren die beiden Elektro-Sportfahrzeuge der Marke TESLA Roadster, die die MIT Willich ihren Gästen des 6. MIT-Frühstücks für Selbstständige und Unternehmer zu bieten hatte. Im Innenhof des Landhotels Ramshof machten sich die beiden Elektrosprinter, teilweise auch mit Solar betrieben, optisch gut und begeisterten technisch. Vorher hatten die Teilnehmer die Gelegenheit, von Reinhard Efkes (efkes energy) und dem Energieberater Peter Niesgens viel über Energieeffizienzstrategien im Unternehmen, die Chancen der Energiewende für den Mittelstand und die Möglichkeiten von solarer Energienutzung zu erfahren. Dabei wurde klar, dass sowohl Photovoltaik als auch Solarthermie oder Geothermie ihre wirtschaftlichen Anwendungsfelder haben und vor allem Preisstabilität und -kalkulierbarkeit bei Energie versprechen. Nicht umsonst hieß der Titel des Vortrages „Da gibt's noch was zu holen – Ressourceneffizienz in Unternehmen" und was braucht ein Unternehmen mehr als berechenbare Rahmenbedingungen? Stefan Simmnacher, Vorsitzender der MIT: „In Zeiten der Energiewende können wir uns nicht darauf verlassen, dass der Netzausbau so zügig voran geht, wie es notwendig wäre. Deshalb brauchen Firmen dezentrale Energieproduktion, die im Falle des Falles einen gewissen Weiterbetrieb sicherstellt."

LESERBRIEFE

Zu: Interview mit Finanzminmister Söder, Ausgabe 1/2-2012

Ich bin seit über 25 Jahren ein eifriger Leser des MIT-Magazins. Das Interview mit Herrn Dr. Söder habe ich aufmerksam gelesen, konnte aber nur Allgemeinplätze dort finden. Konkrete Aussagen dazu, wie er dem Mittelstand helfen will, habe ich nicht gefunden. Dies ist wie in vielen Sonntagsreden unsrer Politiker.
Leider vermisse ich den persönlichen Mut unsrer MIT-Abgeordneten bei der Verschuldungsfrage. Es werden immer neue und weiter reichende Rettungsschirme aufgebaut. Leider keiner für den Mittelstand, der das alles bezahlen soll. Ich denke nur an den Stromausstieg mit den Folgekosten, die die Großindustrie nicht, aber den Mittelstand dafür umso härter treffen. Ich frage mich, wo sind hier unsere Interessenvertreter aus der MIT?

Rudolf Munsch, Dipl.-Ing. Architekt Rudolf Munsch, 61118 Bad Vilbel

MIT Ahrweiler spendet für Hannelore-Kohl-Stiftung

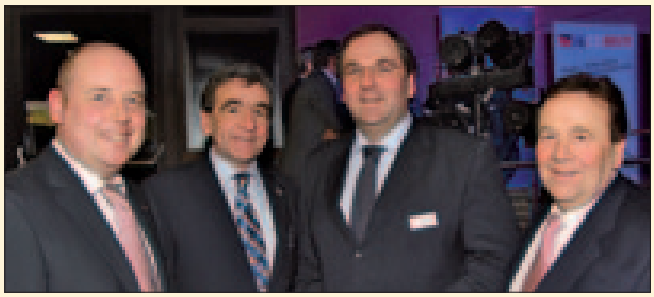
Auch in diesem Jahr hat die MIT Ahrweiler einen Spenden-Check von 1.200 Euro auf dem Neujahrsempfang der Hannelore-Kohl-Stiftung für Menschen mit Schäden am zentralen Nervensystem überreicht. Den Check nahmen der stellv. Vorstandsvorsitzende der Stiftung, Dr. Johannes Vöcking und die Geschäftsführerin Helga Lüngen entgegen.

Kulinarischer Abend unter Freunden

Das gut besuchte traditionelle Neujahrsessen der MIT Calw-Freudenstadt war erneut ein besonderes Erlebnis für die Teilnehmer. Es gab nicht nur kulinarische Köstlichkeiten, sondern auch Politik „zum Anfassen“. Der innenpolitische Sprecher Thomas Blenke, MdL, gab einen Einblick in die Arbeit der Landesregierung und zeigte Entwicklungen auf, die einer genauen Beobachtung bedürfen. So gehe ein Schulsystem, das keine Noten mehr vorsieht, in eine falsche Richtung. Der Oberbürgermeister der Stadt Nagold, Jürgen Großmann, warb im Anschluss an sein Grußwort, für das Jahrhundertwerk Landesgartenschau Nagold.
MIT-Chef Ulrich Kallfass dankte er für die vielfältigen Aktivitäten, wobei sie etwas geschafft habe, wo andere Organisationen noch daran arbeiten: Die MIT ist seit vielen Jahren kreisübergreifend aktiv.

Jahresempfang der MIT Wolfenbüttel

Die MIT Wolfenbüttel hatte zu ihrem Jahresempfang in das Asse-Sport-Center eingeladen. Der MIT-Vorsitzende Holger Bormann blickte zufrieden auf das Jahr 2011 zurück. Als Festredner für die Veranstaltung konnte Bürgermeister Thomas Pink gewonnen werden. Er beklagte vor allem die heutige „Dagegen-Mentalität“ in Deutschland. „Da ist man gegen Kernkraft um gleichzeitig gegen Windenergie, Solarenergie, Wasserkraft, Kohlekraft, Biogasanlagen und gegen Leitungen, die Strom transportieren, zu sein. Da bildet man sofort wortgewaltige Bürgerinitiativen, wenn Auswirkungen des Atomausstieges sich dann auch in unserer Region zeigen“, so Pink. Heute werde alles überkritisch gesehen, man müsse über jede Entscheidung zehnmal nachdenken. Alles Handeln der öffentlichen Hand werde unter den Generalverdacht der Inkompetenz gestellt. Dabei stelle man das Land völlig falsch dar. „Wir haben eine der leistungsfähigsten und verlässlichsten Demokratien. Wir handeln in diesem Lande streng nach den Verfassungsprinzipien und den christlich-abendländischen Werten, die letztendlich unsere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit entwickelt haben. Die Wirtschaft brummt trotz Wirtschafts- und Währungskrise. „Es mag noch Länder geben, die besser sind – aber Championsleague sind wir allemal!“, unterstrich Pink.



Man war sich einig (v.l.n.r.): MIT-Vorsitzender Holger Bormann, Bürgermeister Thomas Pink, Georg Weber und Winfried Pink

Europa im Sog der Schuldenkrise?

Neue Veranstaltungsreihe der MIT Hochtaunus startet mit vielen jungen Gästen

Die MIT Hochtaunus startete das Jahr 2012 mit der neuen Vortrags- und Diskussionsreihe „MIT-Unternehmer im Gespräch“. Axel Angermann (Feri EuroRating Services) trug zum Thema „Auswirkungen der Schuldenkrise auf die Anlagebereitschaft“ vor. Riklef von Schüssler (Feri Institutional & Family Office) beleuchtete den zweiten Teil des Vortragsfeldes mit Antworten zur Fragestellung: „Wie sollte man sich bei der Geldanlage positionieren?“ Beide Vorträge vermittelten interessante Einblicke in die aktuelle Wirtschaftslage und Empfehlungen für die persönliche Anlagestrategie. Der Kreis von rund 40 Zuhörern setzte sich aus Selbstständigen, Angestellten, Parlamentariern und Senioren zusammen. Erfreut registrierte MIT-Vorstandsmitglied Christoph Winderling, der durch die Veranstaltung führte, auch die Teilnahme jüngerer Gäste.

BAUSTELLE BERLIN

Liebe MIT-Streiter,

hier sitze ich nun in meiner Baubude mit Blick auf Reichstag und Kanzleramt und tippe mit klammen Fingern meine Kolumne, während „Hoch Dieter" den Kontinent samt Hauptstadt erstarren lässt. Dass Hochs mittlerweile Männernamen führen und die Tiefs Frauennamen – dafür habe ich ja allergrößtes Verständnis...

Aber wie kann man so eine Kältefront mit manchmal bis zu minus 20 Grad und mehr noch „Hoch" nennen? Ist das vielleicht die heimliche Rache der Meteorologinnen, die sich einfach mit dieser Einteilung nicht abfinden möchten und so ein „Kälte-Tief" einfach zum „Sonnen-Hoch" erklären, um uns Männern einen Denkzettel zu erteilen?

Nein liebe Leser, der Dieter, der hier schreibt, ist ein Lieber – er würde natürlich schon gerne wissen, ob unsere Energieversorgung auch bei solchen Temperaturen noch gesichert ist und bleibt trotz der in Deutschland angestrebten „alternativlosen Energiewende"? Denn was sollen wir mit dem vielen per Wind und Sonne erzeugten Strom anfangen, wenn es keine Leitungen gibt, die ihn dorthin bringen, wo er ge- und verbraucht wird?

Ein anderes Thema: Ich habe zunächst gedacht, ich höre nicht richtig – als in der Karnevalswoche junge Unions-Bundestagsabgeordnete einen Solidarzuschlag von Kinderlosen forderten. Dies hat die Union bereits vor mehr als zehn Jahren heftig diskutiert und als abstrus und unsolidarisch zu den Akten gelegt. In der Diskussion darüber ist häufig das Stichwort „Familienfreundlichkeit" zu hören. Ich glaube dagegen, dass durch eine solche Abgabe kein einziges Kind zusätzlich in Deutschland geboren wird! Und mit der ziemlich zynischen Formulierung „Zeugen oder zahlen!" erhöht man bestimmt nicht die Geburtenrate! Verändern muss sich das gesamte Umfeld, in dem junge Eltern leben und ermuntert werden, Kinder in die Welt zu setzen. Dazu zählen berufliche Sicherheit, eine familienfreundliche Politik, Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine Gesellschaft, die – ähnlich den Südeuropäern – Kinder als Freude und Bereicherung betrachtet und nicht als Last und „lärmende Meute" auf Kinderspielplätzen oder Bolzplätzen in den Innenstädten. Ich bin unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel sehr dankbar, dass sie umgehend diese Debatte in der Fraktion für beendet erklärte!

Was haben wir uns alle gefreut, als sich die Schwarz-Gelbe Koalition zu Beginn der Legislaturperiode vorgenommen hatte, eine Reform des Mehrwertsteuersystems anzupacken und endlich den Schwachsinn der 7 – und 19-Prozent-Aufteilung zu beenden! Leider ist bisher nichts geschehen! Obwohl das Thema Steuervereinfachung in unserer Wirtschaft höchste Priorität hat! Es ist ja auch nicht nachvollziehbar, dass der Fiskus bei Schnitzeln und Suppen für eine Party 19 % Mehrwertsteuer erhebt und 7 % bei Grillwürstchen und Gulasch an der Theke. Die vielen anderen Beispiele von Babywindeln über Tierfutter bis hin zu Eseln und Maultieren und deren Besteuerung kennen Sie alle. Leider traut sich niemand, dieses heiße Thema anzupacken. Insofern wird es wohl wieder auf kommende Legislaturperiode(n) vertagt.

Wir dagegen vertagen nichts und sind prompt an die Arbeit gegangen: Die neu geschaffenen Kommissionen unserer MIT werkeln zwischenzeitlich eifrig an Positionspapieren, damit wir auch in der aktuellen Diskussion mit dem politischen Gegner, aber auch mit unseren Berufskollegen, weiterhin argumentationsfähig und auf Ballhöhe bleiben – die Fußball-EM wirft ja ihre Schatten voraus!

baustelle@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR

Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM Mittelstands Magazin

Herausgeber
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur
Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside
Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht
Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto
Pitopia

Anzeigen
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 992, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf
Nielsen I, II, VI , VII
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 /8 61 79, Fax 02205 /8 56 09

Nielsen III a, III b, IV, V
KDH Medienservice
Karin Dommermuth-Hoffmann
Tel. 0261/394 953 36, Fax 0261/394 953 37

Satz und Layout
Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431/ 54 22 44, Telefax: 0431/ 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck
CW Niemeyer Druck GmbH
Böcklerstraße 13, 31789 Hameln

Bezugsbedingungen
MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich.
Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.

ISSN 0932-3325
Copyright für den gesamten Inhalt:
GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Nolde Museum Berlin

Nolde Museum Berlin
Jägerstraße 55
10117 Berlin
Telefon: (030) 40004690
www.nolde-stiftung.de

Ausstellungen 2012

Vom Fischerhaus zur Stadtvilla.
Emil Nolde und Mies van der Rohe
27.04. bis 7.10.2012

Emil Nolde und die Schweiz
19.10.2012 bis 7.04.2013

Tägl. 10 – 19 Uhr

Mohn vor Berglandschaft (Ausschnitt)

Nolde.

LEXWARE
Alles in Ordnung

Mit Lexware faktura+auftrag geht die Auftragsverwaltung im Hemdumdrehen.

Sitzt auf Anhieb. Machen Sie sich die Auftragsverwaltung einfach, und schreiben Sie maßgeschneiderte Rechnungen, Angebote, Auftragsbestätigungen und Lieferscheine, ohne Zeit zu verschwenden. Alle Arbeitsabläufe werden spürbar schlanker. Da passt einfach alles. „Fertig!“

www.lexware.de